

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal zzgl. Postgebühren. Bestellungen nehmen an alle Postämter, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Roßbuserdamm 23 I.

Anzeige
pro vierpallige Beilage 60 Pf., Seilengeld 40 Pf.; für Verbandsmitglieder 40 Pf., Versammlungsanzeigen zc. 20 Pf. Privatanzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 40

Berlin, den 1. Oktober 1910.

26. Jahrgang.

Das Bureau des Verbandsvorstandes, sowie Redaktion und Expedition der „Buchbinder-Zeitung“ befinden sich von jetzt ab in

Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Mit Inkrafttreten des neuen Verbandsstatuts am 1. Oktober 1910 ändern sich die Sätze der Krankenunterstützung für die männlichen und weiblichen Mitglieder der zweiten Beitragsklasse in folgender Weise:

Nach Mitgliedschaftswochen	pro Tag Mt.	Höchstbetrag Mt.	Höchstbauer Tage
a) männliche Mitglieder:			
52	—,40	20,—	50
156	—,50	25,—	50
b) weibliche Mitglieder:			
52	—,40	20,—	50
156	—,50	25,—	50
260	—,60	36,—	60

Für den Übergang von den alten zu den neuen Unterstützungsätzen gelten folgende Bestimmungen:

Mitglieder, die sich bis einschließlich 30. September krank gemeldet haben, erhalten die Unterstützung nach den Sätzen des alten Statuts bis zu dem dort vorgesehenen Höchstbetrag oder bis sie sich gesund melden.

Mitglieder, die sich vom 1. Oktober ab krank melden, erhalten die Unterstützung nach den neuen Sätzen. Solche Mitglieder, die bereits einen Teil der Unterstützung empfangen haben und nach dem 30. September sich erneut krank melden, erhalten — sofern sie nach den Sätzen des neuen Statuts nicht schon ausgerechnet sind — den Restbetrag nach den neuen Sätzen bis zu dem vorgesehenen Höchstbetrag.

2. Weiter hört mit dem 1. Oktober die **fakultative Beitragsleistung für die Invalidenunterstützung** für die Mitglieder der 4. Beitragsklasse auf. Die Beitragskarten sind deshalb nach dem 1. Oktober an die Zahlstellen- bzw. Kaufmänniker abzuliefern. Dabei ist jedoch Bedingung, daß vom Tage der Gültigkeit der Beitragskarte bis zum 1. Oktober nicht mehr Marken geklebt sind, als wie der fragliche Zeitraum Wochen ausmacht; weniger Marken können jedoch geklebt sein und ist dies ein Hinderungsgrund für die Annahme der Karten nicht.

Über die Gesamtzahl der bis einschließlich 30. Woche 1910 geleisteten Beiträge wird eine Bescheinigung erteilt, die ins Mit-

gliedsbuch eingeklebt, mit diesem sorgfältig aufbewahrt werden muß.

Den Mitgliedern der 3. Beitragsklasse steht es frei, Invalidenbeiträge zu leisten, sie sind dabei aber verpflichtet, neben jedem Verbandsbeitrag auch eine Invalidenmarke à 15 Pf. in die Beitragskarte zu kleben. Die bisher im Gebrauch befindlichen Beitragskarten können auch weiterhin verwendet werden. Es werden jedoch ab 1. Oktober neue Marken ausgegeben; der Versand derselben erfolgt nur an solche Zahlstellen und Gaue, die sie besonders bestellen.

3. Da nach den für die Invalidenunterstützung getroffenen Bestimmungen die Beiträge der 3. Klasse beim Uebertritt zur 4. Klasse für die Karenz der Invalidenunterstützung nicht in Anrechnung gebracht werden, ist beim Vollzug des Uebertrittes ab 1. Oktober 1910 die sich aus der Zahl der geleisteten Beiträge 3. Klasse ergebende Summe von Mark und Pfennigen nicht durch 80, sondern nur durch 65 zu dividieren. Dementsprechend ist auch zu verfahren bei Uebertritten aus der 1. und 2. zu der 4. Klasse.

4. Der mit den ausländischen Buchbinderverbänden vereinbarte **neue Gegenseitigkeitsvertrag** kann nicht, wie in Aussicht genommen war, am 1. Oktober d. J., sondern erst am 1. Januar 1911 in Kraft treten. Die bisher für die in Deutschland reisenden Mitglieder der ausländischen Verbände und die von diesen in unseren Verband übergetretenen Mitglieder geltenden Bestimmungen bleiben deshalb bis zum 1. Januar n. J. unverändert in Gültigkeit.

5. Eine **Erhöhung des Lokalbeitrages** für die Mitglieder der 1. und 2. Beitragsklasse von 5 auf 10 Pf. und für die Mitglieder der 3. und 4. Beitragsklasse von 10 auf 20 Pf. pro Woche ist von der **Zahlstelle Berlin** beschlossen worden.

Weiter ist die **Erhebung eines neuen Lokalbeitrages** für weibliche Mitglieder von 5 Pf. und für männliche Mitglieder von 10 Pf. pro Monat von der **Zahlstelle Varmen-Elberfeld** beschlossen, der neben dem schon bisher von den männlichen Mitgliedern gezahlten Lokalbeitrag von 5 Pf. pro Woche erhoben werden soll.

Auch die **Zahlstelle Eisenberg** hat die Erhebung eines Lokalbeitrages für weibliche Mitglieder von 10 Pf. pro Monat und für männliche Mitglieder von 5 Pf. pro Woche beschlossen.

Sämtliche neuen Lokalbeiträge sind vom Verbandsvorstand genehmigt und treten mit dem 1. Oktober in Kraft.

6. Mitglieder, welche im Laufe der kommenden Wochen vom **Militärdienst** entlassen werden, wolle man darauf aufmerksam machen, daß sie in ihre alten Rechte wieder eintreten können, wenn sie sich vor ihrem Eintritt zum Militär durch Einsendung des Verbandsbuches abgemeldet haben und sich nach der Entlassung sofort wieder beim Unterzeichneten anmelden.

7. Diejenigen Mitglieder, welche im Herbst

dieses Jahres zum **Militärdienst** einberufen werden, sind verpflichtet, sich nicht nur bei der Stelle abzumelden, wohin sie ihre Beiträge abgeführt haben, sondern sie müssen ihr Mitgliedsbuch an den Verbandsvorstand zur Abmeldung und Aufbewahrung einsenden.

8. Die **Berichtskarten** für das kaiserlich statistische Amt ersuchen wir sogleich auszufertigen und bis zum 4. Oktober an uns abzugeben. Als letzter Stichtag für die Fällung der Arbeitslosen (Felder 7—12 der Berichtskarte) gilt der 1. Oktober.

9. Die **Protokolle vom Verbandstag** und die **neuen Verbandsstatuten** sind in der abgelaufenen Woche an die Bevollmächtigten der Gaue und Zahlstellen versandt worden.

Von den Protokollen ist an jede Gau- und Zahlstellenverwaltung ein Exemplar unentgeltlich und außerdem die bestellte Anzahl gesandt, die mit 20 Pf. pro Exemplar in Rechnung gestellt wird.

Sollte die Sendung irgendwo bis zum 5. Oktober noch nicht eingetroffen sein, wolle man uns das mitteilen, damit wir Nachforschung nach dem Verbleib der Sendung anstellen können.

10. Nachstehend aufgeführte Mitgliedskarten bzw. -bücher sind den Inhabern **abhanden** gekommen. Dieselben werden deshalb für ungültig erklärt und sind bei eventuellem Vorzeigen anzuhalten und an uns einzufinden.

Nr. 6315	ausgestellt für	Anna Wettkheim
" 17852	" "	Marie Koll
" 76226	" "	Arnold Treyer
" 78748	" "	Olga Sahn
" 78848	" "	Richard Hennig
" 80005	" "	Frieda Griesse
" 83722	" "	Elisabeth Peters
" 85730	" "	Paul Kohl
" 86187	" "	Martha Tiesler
" 88976	" "	Marie Rudolph
" 89830	" "	Martha Rawig
" 90099	" "	Olga Gleixner
" 92513	" "	August Helges

Die Bedeutung unserer Berufsstatistik.

— Bei unserer in der nächsten Zeit aufzunehmenden Statistik liegt der Hauptwert in der Erforschung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Kollegschaft. Auf diesem Gebiet hat die Organisation eine große Kultur Aufgabe zu erfüllen. Der Staat bringt den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeiter wenig Interesse entgegen und die herrschenden Massen scheuen vor umfassenden, systematischen statistischen Erhebungen zur Feststellung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterklasse zurück, ja suchen sie zu verhindern, weil die Ergebnisse die Beurteilung der bestehenden Ordnung bedeuten.

Wir wissen, daß die Lebenshaltung der Arbeiter im allgemeinen und unserer Kollegschaft im besonderen in bezug auf Nahrung, Wohnung, Kleidung, Erholung und kulturelle Bedürfnisse keine gute ist, aber diese allgemeine Kenntnis genügt nicht, wir müssen erfahren, wie schlecht die

Lage der Arbeiter ist, wie viel ihnen fehlt zu einer der Kulturhöhe entsprechenden Erziehung, wie groß der Abstand ist zwischen ihrer Lage und der Summe der Kulturwerte, die die Arbeit erzeugt. Das an Hand genau und zuverlässigen statistischen Materials zu beweisen, ist um so notwendiger, als die Unternehmer stets und ständig bemüht sind, die öffentliche Meinung über die schlechte Lage der Arbeiter hinwegzutäuschen.

Es ist nicht zuziel gesagt, wenn man die Statistik mit als eine Hauptaufgabe der gewerkschaftlichen Organisation ansieht. Wenn durch die Organisation eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse angestrebt werden soll, muß zunächst festgestellt werden, wie diese Verhältnisse eigentlich sind, auch muß von Zeit zu Zeit festgestellt werden, in welchem Umfang das Streben der Organisation von Erfolg begleitet gewesen ist. Nur die Statistik zeigt uns, wie verschieden sich die Verhältnisse in den einzelnen Lagen gestalten, wie sehr oft die gleiche Arbeit recht verschieden bezahlt wird und die Arbeitszeit sehr ungleich ist. Erst die Statistik zeigt den Kollegen in einzelnen Gegenden, daß sie zurückgeblieben sind, erst aus dem Vergleichen erfahren viele Arbeiter, wie schlecht es ihnen geht.

Um ihren Zweck vollständig zu erfüllen, ist von großer Wichtigkeit, daß die Erhebung möglichst umfassend ist. Das Streben des Statistikers geht dahin, den Kreis der Berufsangehörigen, die in eine Erhebung einbezogen werden sollen, so weit als irgend möglich zu ziehen. Der Organisation stehen nicht wie dem Staat Zwangsmittel zur Verfügung, sie kann nur an das Ehr- und Pflichtgefühl der Berufsangehörigen appellieren, um möglichst viele zur Teilnahme an der Statistik zu bewegen.

Das Verständnis für den Wert statistischer Erhebungen ist erfreulicherweise ständig im Wachsen begriffen. Dafür sind die in den letzten Jahren aufgenommenen Erhebungen der gewerkschaftlichen Organisationen ein deutlicher Beweis. Aber viele lassen sich trotzdem noch schwere Unterlassungssünden zuschulden kommen. Es gibt noch viele Kollegen, die die Ausfüllung eines Fragebogens für eine nutzlose Arbeit erklären oder die der Sache gar ablehnend gegenüberstehen. Das kann und darf nicht sein. Um Ersprießliches zuwege zu bringen, ist die Hilfe aller notwendig. Ohne die tätige Mithilfe jedes zu erfassenden Berufsangehörigen ist die ganze umfangreiche Arbeit, die unsere statistische Erhebung mit sich bringt, halb umsonst gemacht. Wer bei der beachteten Erhebung nicht tätig mitwirkt, begeht einen Verstoß an den Interessen des Verbandes und an sich selbst. Die Mitarbeit jedes Organisierten ist eine dringende Pflicht, der sich jeder bewußt sein muß.

Von derselben Wichtigkeit ist die Erfassung der uns noch fernstehenden Berufsangehörigen. Jeder Organisierte muß bestrebt sein, ihm bekannte Nichtorganisierte, namentlich seine Nebenarbeiter, auf den Wert und die Wichtigkeit der statistischen Erhebungen hinzuweisen. Der Verband ist in dieser Hinsicht ganz auf die Hilfe der einzelnen Mitglieder angewiesen. Gute Resultate ergeben sich nur, wenn alle Hand in Hand arbeiten.

Der innere Gehalt der Statistik ist noch wichtiger als ihr Umfang. Wird eine Enquete vorgenommen, ist das erste Gebot vor Ausfüllung der Fragebogen, alle Angaben genau zu überlegen, damit sie jeder Nachprüfung standhalten. Es liegt kein Grund vor, die Lage der Arbeiter schlechter erscheinen zu lassen, als sie in der Tat ist, jeder hat sich daher zu befehligen, nur das niederzuschreiben, was der Wirklichkeit entspricht. Auf der anderen Seite ist vielfach beobachtet worden, daß zum Beispiel höhere Löhne angegeben wurden, als die Betroffenen tatsächlich erhielten. Die Arbeiter haben aus falscher Scham „in ihre Tasche gelogen“, ihre Mitarbeiter sollten nicht wissen, mit wem geringem Lohn sie abgepeißt wurden. Sie haben nicht bedacht, daß sie damit die Geschäfte der Unternehmer besorgten, und es bedarf wohl keiner besonderen Betonung, daß derartige Mäandere nur zum Schaden der Arbeiter ausfallen können. Man halte sich streng an die Wahrheit, nur dadurch gewinnt die Statistik wirklichen Wert.

Ferner beantwortet man alle Fragen, auch die, die der einzelne für unwesentlich und zwecklos hält. Im großen ganzen spielt jede Frage ihre wichtige Rolle.

Die gewerkschaftliche Statistik hat schon viel Gutes vollbracht, sie wird noch bedeutend mehr erzielen, wenn sich jeder bewußt wird, daß er lebendiges Fleisch am Leibe der Organisation sein muß.

Aus der Chronik der Klassenkämpfe.

Völkerfrieden und Demokratie.

F. P. Zu den ersten Aufgaben unserer Zeit gehört die Einschränkung der Kriegsrüstungen und die Beseitigung der Kriege. Das Kapital, das an den Kriegsrüstungen interessiert ist, muß mehr und mehr vor dem Kapital zurücktreten, das an den industriellen Unternehmungen und Verkehrsanlagen des Auslandes interessiert ist und dessen Einfluß ständig im Wachsen begriffen ist. In weiten Kreisen der bestehenden Klassen kommt man zu der Ansicht, daß ein moderner Krieg von wenigen Wochen Werte vernichten würde, die des Fleisches und der Arbeit vieler Jahre zu ihrer Erzeugung bedürften.

Viel wichtiger als die zunehmende Einsicht der bestehenden Klassen über die Schädlichkeit eines

Krieges ist die Tatsache, daß im arbeitenden Volk selbst ein Faktor entstanden ist, der in allererster Linie berufen erscheint, an der Durchführung des Völkerfriedens mitzuwirken. Das arbeitende Volk aller Länder entsandte seine Abgeordneten nach Kopenhagen, die für den Völkerfrieden wirkten, die internationale Solidarität des Proletariats bekräftigten und die gemeinsam den Vorwärtigen des arbeitenden Volkes aller Länder vorbereiten halfen. Das klassenbewußte Proletariat aller Länder strebt einen anderen Völkerfrieden an, als das moderne Bürgertum, die Bourgeoisie.

Das Bürgertum will bei den Friedensbestrebungen die Produktionsweise nicht angetastet wissen. Gewiß ist es möglich, daß es dem Bürgertum gelingen wird, eine Verständigung der Nationen untereinander herbeizuführen. Selbst dann, wenn die kapitalistische Produktionsweise unberührt bleibt. Die bestehenden Klassen aller Länder brauchen nur eine Verständigung über die Verteilung des internationalen Mehrwertes zu treffen, wie sie etwa die Trusts vorbereitet haben. Aber was ist dem Proletariat aller Länder damit gedient? Gar nichts. Es muß nach wie vor Gut und Blut der Profitgier des Kapitalismus opfern. Wenn die Kriege beseitigt sind, so ist damit noch nicht der Völkerfrieden erreicht worden. Im Gegenteil. Die sich mit der kapitalistischen Entwicklung steigenden und zuspitzenden Klassengegensätze bedingen immer gewaltigere wirtschaftliche und politische Auseinandersetzungen zwischen den bestehenden und arbeitenden Klassen.

Es gehört zu den vornehmsten Aufgaben des Sozialismus, das Proletariat wirtschaftlich und politisch auf eine höhere Entwicklungsstufe zu stellen, damit es die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Umgestaltung der Produktionsweise erkennen lernt. Das Proletariat gewinnt als Klasse immer größere Bedeutung. Der proletarische Klassenkampf geht darauf aus, durch die Beseitigung jeglicher Ausbeutung einer Bevölkerungsklasse durch die andere, durch die Beseitigung der Klassengegensätze und -kämpfe den wirklichen Völkerfrieden anzustreben.

Wie wenig die Friedensbestrebungen und Beteuerungen des Bürgertums im Grunde ernst zu nehmen sind, das hat sich in Frankfurt a. M. anlässlich der internationalen Friedensdemonstration gezeigt. Unterfagte schon die maßgebende Behörde den erschienenen Vertretern des ausländischen Proletariats den Gebrauch ihrer Muttersprache, so jetzt das Verhalten der Militärbehörde dem die Krone auf. Die auswärtigen Vertreter, besonders Jaurès, haben deutsch gesprochen. Und wenn seine Rede ausklang in die Aufforderung zum Krieg gegen die Ungerechtigkeit, so hat er den Beifall nicht nur des

Brüssel und seine Weltausstellung.*)

Maubereien von Ad. Th.

IV.

Verblüffend sind die Leistungen der Maschinen in der Textilindustrie. Mit überraschender Sicherheit arbeiten da die kompliziertesten Konstruktionen. Vor unseren Augen entstehen die künstlichsten Gewebe und Stückerien wie von selbst. Im Bau von Spinnmaschinen ist uns England noch voraus; aber in den Web- und Zurichtemaschinen hat die deutsche Industrie die Spitze genommen. Es betrug in den letzten Jahren die deutsche Ausfuhr an Spinnmaschinen durchschnittlich 15 000 Tonnen, die Einfuhr nur 500 Tonnen; Webereimaschinen wurden 17 500 Tonnen ausgeführt, aber nur 100 Tonnen eingeführt; an Appreturmaschinen gingen jährlich reichlich 10 000 Tonnen nach dem Auslande, und nur 250 Tonnen wurden eingeführt. An Maschinen zum Nähen, Sticken, Stricken usw. werden durchschnittlich 20 000 Tonnen vom Auslande gekauft, aber nur 1000 Tonnen nach Deutschland verkauft. Die deutsche Nähmaschine hat sich auf dem Weltmarkt eine sichere Position errungen.

Es ist unmöglich, auch nur oberflächlich alle Maschinenarten zu streifen. Von der besten Buchdruck-Schneidmaschine bis zur Wäscherolle und neuen Wäschetrockenmaschine ist eben alles vertreten. Erwähnung finde nur noch das Gebiet der landwirtschaftlichen Maschinen. Noch vor zwanzig Jahren mußten die meisten neueren landwirtschaftlichen Maschinen aus Nordamerika bezogen werden, dessen Maschinenbau zuerst die Erfindung und Anwendung der großen Maschinen bedingt hatten. Heute dagegen führt Deutschland jährlich an 20 000 Tonnen landwirtschaftliche Maschinen aus, aber nur

7- bis 800 Tonnen ein. Rechnlich verhält es sich mit den Maschinen für die Brauerei, Brennerei, Zuckerindustrie und Mälerei. Ueber 10 000 Tonnen Mälereimaschinen führt Deutschland jährlich aus, aber nur etwa 800 Tonnen ein. Und der ausländische Brauerei-, Brennerei- und Zuckerindustrie liefert Deutschland jährlich über 16 000 Tonnen Maschinen, während es nur 400 bis 600 Tonnen vom Auslande bezieht.

Bemerkenswert ist, wie lärmlos jetzt die meisten Maschinen arbeiten. Noch auf den beiden Pariser Ausstellungen vor 10 und 21 Jahren erzeugten die in Betrieb gesetzten Maschinen ein ungleich stärkeres Geräusch, und in Wien war es vor 37 Jahren überhaupt unmöglich, sich längere Zeit in der Maschinenhalle aufzuhalten. Das fauchte, puskete, kreischte, wüchelte und quietschte damals, das man das eigene Wort kaum verstehen konnte. Heute fällt jede Maschine auf, die etwas Lärm verursacht. Die teilweise kolossalen Maschinen arbeiten zumeist mit einer gewissen Lautlosigkeit. Nur die Webmaschinen furchen und rascheln vernehmbarer. Die gesamten Maschinen der Brüsseler Ausstellung werden elektrisch betrieben.

Es ist eine appetitliche Sache, den Abteilungen einen Besuch abzustatten, in denen Schokoladen, Zuckerwaren oder feine Backwaren hergestellt werden. Für fünf oder zehn Centimes (4 oder 8 Pf.) gibt es da überall Proben zu kaufen. Auch wer sich sonst nichts aus süßem Zeug macht, nascht hier gern einmal. Frankreich und Belgien sind ansehnend auf dem Gebiete der Nahrungsmittelfabrikation am weitesten fortgeschritten. Wie sehr aber auch in Deutschland die Industrie der Nahrungsmittel sich entwickelt hat, ergibt sich aus der Tatsache, daß 1882 nur knapp 745 000 Personen darin beschäftigt waren, während 1907 rund 1 345 000

Arbeiter und Arbeiterinnen gezählt wurden. Davon entfielen rund 600 000 auf die Herstellung pflanzlicher Nahrungsmittel, 300 000 auf die Gewinnung tierischer Nahrungsmittel, 25 000 auf die Konservenfabrikation, 210 000 auf die Getränkebereitung und ebensoviel auf die Tabakfabrikation.

Backmaschinen in Betrieb hat Deutschland nicht ausgestellt. Um sie zu sehen, muß man die belgische oder die französische Abteilung besuchen. Da kann man finden, wie es möglich ist, daß von der Einschüttung des Mehles an bis zum Herausziehen des fertigen Brotes fast keine Hand an das Mehl oder den Teig kommt. Alles macht die Maschine in einem ununterbrochenen Produktionsprozeß. Schwemmereien, wie sie beim Handbetrieb oft genug vorgekommen und durch Gerichtsverhandlungen aufgedeckt worden sind, können somit nach dem heutigen Stande der Technik bequem vermieden werden. Allerdings vermag sich der Kleinbetrieb die Fortschritte der Technik nicht im vollen Umfange zunutze zu machen. Immer wieder drängt sich deshalb bei Betrachtung der technischen Errungenschaften der Gewerbe auf, wie wohl sich bei der sozialistischen Struktur der Gesellschaft die Menschheit befinden wird, weil dann nicht mehr das Profitinteresse und die Kapitalstärke des Unternehmers entscheidend sind für Gestaltung der Arbeitsverhältnisse, sondern die Gesellschaft in der Lage sein wird, die technischen Fortschritte den Arbeitern wie den Konsumenten zugute kommen zu lassen.

Was an Weinen, Likören, Fruchtweinen, Champagner und sonstigen alkoholischen Getränken ausgestellt ist von Frankreich, Italien, Griechenland, Spanien, Ungarn und Deutschland, mag stilles, aber heftiges Schenken in allen denen erwecken, die einen guten Trunk als wichtige Lebensarbeit betrachten. Doch auch die Alkoholgegner kommen auf ihre Rech-

*) Siehe auch die Nummern 33, 34 und 35 der „Buchb.-Ztg.“

deutschen, sondern auch des internationalen Proletariats. In seiner Rede sagte er: „Wir wollen die Milliarden der Arbeit, das Blut des Volkes und die Kräfte des Menschen nicht in Kriegen zwischen Völkern opfern, sondern wir wollen sie zur Verfügung stellen dem großen Krieg gegen die Finsternis, gegen das Elend, gegen die Ungleichheit, gegen die Ungerechtigkeit.“ Diesem hohen und schönen Ziel steht aber die bürgerliche Gesellschaft gerade die bewaffnete Macht entgegen. Zur selben Stunde, da die Frankfurter Arbeiterschaft im Verein mit Vertretern des internationalen Proletariats für Völkerfrieden und Demokratie demonstriert, zur selben Stunde werden die Söhne des Volkes unter Waffenbereitschaft gehalten. Die Frankfurter Garnison war im Raubder und so wurde in naheliegenden Garnisonen das vorhandene Militär zum sofortigen Abmarsch und Entzogene unter Dampf bereitgehalten!

Darin liegt ja der Unterschied zwischen den Friedensbestrebungen des Bürgertums und des Proletariats, daß das Bürgertum den arbeitenden Klassen nur die politische Gleichberechtigung zugestehen will, wogegen das Proletariat auch die soziale Gleichberechtigung fordert. Und um sich die Passivgenüßigkeit auf Kosten der arbeitenden Klassen zu sichern, um dem Krieg des Proletariats gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit auch wirksam begegnen zu können, sieht sich das Bürgertum genötigt, die Rüstungen aufrechtzuerhalten.

Noch unbeirrt setzt das Proletariat seinen Siegeszug fort. Mehr und mehr wird es sich seiner Macht, die in der Vereinigung und im Sozialismus des Klassenbewußten Proletariats beruht, bewußt. Das deutsche Proletariat mustert seine Kampfscharen und prüft seine Waffen. Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wurde unter Anwesenheit vieler auswärtiger Vertreter der arbeitenden Klassen am 18. September in Magdeburg eröffnet. Der Parteivorstand konnte in seinem Bericht an den Parteitag über ein erfreuliches Wachstum der Partei berichten. Neben der Sozialpolitik und dem Genossenschaftswesen wird sich der diesjährige Parteitag in der Hauptfrage mit der Frage der Budgetbewilligung und mit der Wahlrechtsfrage beschäftigen. Es ist zu wünschen, daß auch der diesjährige Parteitag ein großes Stück Arbeit für Demokratie und Völkerfrieden, für die Beseitigung der Ausbeutung und Ungerechtigkeit leisten wird.*

Der Kampf der arbeitenden Bevölkerung gegen Finsternis und Ungerechtigkeit hat einen neuen Erfolg gezeitigt. Die arbeitende Bevölkerung des Reichstagswahlkreises Frankfurt a. D. ist drauf und dran, den Kreis zurückzuerobern. Bei der Ersatzwahl am 15. September wurden Stimmen abgegeben für Schuhmachermeister Faber (Soz.) 14316, Geh. Kommerzienrat Winter-Magdeburg (Nat.) 7757, Arbeitersekretär Dunkel-Berlin (Konf.).

* Dieser Artikel war bereits für Nr. 39 vorgelesen.

nung; denn an alkoholfreien Getränken ist kein Mangel. Nur muß mit Zerknirschung gemeldet werden, daß die alkoholfreien Flaschenpyramiden, so künstlerisch und verlockend sie auch aufgebaut worden sind, bei weitem nicht die Anziehungskraft ausüben, wie die Probierstände für Weine und Liqueure, an denen schon für 15 oder 25 Centimes ein Glas Wein, für 40 Centimes ein Glas Champagner oder Chartreuse erhältlich ist. Gar mancher hockt sich hier ein Keffchen auf, ohne daß er es will. Und wer's nicht rechtzeitig merkt und zu „probieren“ aufhört, bringt einen wohlaußgewaschenen Affen mit nach Hause, dessen bekannte Umwandlung in einen Kater dann vor sich geht, gleichviel, ob das Keffchen französisch, italienisch, spanisch, griechisch oder deutschen Ursprungs war.

Praktisch hat Deutschland die Versorgung der Ausstellungsbesucher mit Nahrungsmitteln dadurch in die Hand genommen, daß viele der größten Restaurants unter deutscher Leitung sich befinden. Deutschsprechende Kellner und Kellnerinnen sind fast in jedem Restaurant zu treffen. Eine Unvergleichlichkeit haben allerdings die deutschen Restaurateure hier beibehalten: keiner zahlt den Kellnern oder Kellnerinnen einen Pfennig Lohn. Das bedienende Personal ist vollständig auf die Trinkgelder angewiesen. Solange der Besuch eines Restaurants stark ist, mag das keine allzu schlimmen Folgen für das Personal haben; denn in der Regel gibt jeder 10, 15 oder noch mehr Centimes Trinkgeld. Hat jedoch ein Restaurant keinen starken Besuch aufzuweisen, so stehen die armen Tröpfe von Kellnern und Kellnerinnen da und sind dem Elend hilflos ausgeliefert. Verlassen sie die Stellung, so ist ihre Panton verfallen; bleiben sie da, so müssen sie ihr letztes Bißchen zusehen. Es kann auch nicht als Entschuldigung gelten, daß in Belgien und in Frankreich es überall

6595. Nur wenige Stimmen fehlten, um den sofortigen Sieg der Partei der Arbeiter zu sichern. In der inzwischen am Montag, den 26. September, getätigten Stichwahl zwischen Faber und Winter ist der Sieg den Arbeitern zugefallen. Faber erhielt 15 797 Stimmen, Dr. Winter 15 625.

Es ist nicht mehr ganz so dunkel auch im dunkelsten Deutschland, wie das Bürgertum in seinem Klasseninteresse wohl wünschen möchte. Der Kampf des Proletariats gegen Finsternis ist nicht umsonst gefämpft worden. Im Jahre 1890 erhielt der Kandidat des arbeitenden Volkes 6941 Stimmen; 1893 waren es 9122 Stimmen; 1898 stieg die Zahl auf 9902 Stimmen; 1903 waren es schon im ersten Wahlgange 12 817 Stimmen, die im Jahre 1907 auf 12 388 zurückgingen. Und jetzt wieder die erfreuliche Zunahme und damit der Sieg! Dagegen ist das Bürgertum machtlos.

Das Bürgertum hat seine Niederlagen selbst verschuldet, nicht zuletzt mit der Begünstigung des Brothuchers und der Fleischnutzung. Es nützt nichts, daß man die Augen verschließt und daß man nichts unternimmt, der Teuerung entgegenzuwirken. Es wird auch nichts mehr nützen, wenn man schließlich noch einleitet und Maßregeln gegen die Verteuerung der notwendigen Lebensmittel und der Unterernährung des Volkes ergreift. Der Unwille des Volkes kann nicht beseitigt werden, denn die Ursachen liegen tiefer.

Die Regierung, der preussische Landwirtschaftsminister veröffentlicht in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ein umfangreiches Zahlenmaterial, das den Beweis erbringen soll, daß Regierungsmaßnahmen und vor allem Öffnung der Grenzen nicht notwendig erscheinen. Das Proletariat wird auch auf solche Maßnahmen nicht warten können. Es sieht sich viel mehr gezwungen, selbst Maßnahmen gegen die Teuerung, gegen die Unterernährung zu ergreifen. Es wird den Kampf gegen die schreckliche Ungerechtigkeit mit aller Energie aufnehmen. Und hinter einem solchen Kampfe steht die gesamte arbeitende Bevölkerung, die ja unter der Unterernährung zu leiden hat. Wahrscheinlich, das Bürgertum erleichtert die proletarische Werbetätigkeit für den Krieg gegen Ausbeutung und Ungerechtigkeit, für Völkerfrieden und Demokratie nach besten Kräften. Mit dem Ergebnis wird es kaum zufrieden sein, um so mehr das Proletariat.

Das arbeitende Volk wird von der Teuerung schwer bedröht und schon drohen neue Steuern. Eine offiziöse Meldung vom 18. September besagt, daß der Reichstagsrat Sitzungen und Konferenzen mit dem preussischen Staatsministerium und den Staatssekretären des Reiches abzuhalten gedenkt, die den Zweck haben, über die Flüssigmachung neuer Mittel für den Staatshaushalt Klarheit zu schaffen. Es heißt in der Meldung: „Da die Erträge der Finanzreform hinter den Erwartungen zurückbleiben, rückt die Gefahr nahe, daß mit den Streichungen auch auf das Gebiet der notwendigen Bedürfnisse des Staates hinübergreifen

üblich ist, den Kellnern und Kellnerinnen keinen Lohn zu zahlen. In Brüssel gibt es sogar an den Boulevarde Cafés-Restaurants, in denen jeder Kellner noch täglich 1 Frank oder gar 1.50 Frank dem Unternehmer zahlen muß, ehe er bedienen darf.

Es handelt sich ja nur um Proletarier. Denn darf man bekanntlich alles bieten. Das deutsche Ausstellungsomitee, dessen Umficht im übrigen anzuerkennen ist, hätte eine wirkliche Kulturtat vollbracht, wenn es mit den deutschen Restaurateuren auch Vereinbarungen getroffen hätte über die Entlohnung des Personals. Doch daran hat wohl keiner der Herren gedacht. Es sind ja, wie schon gesagt, nur Proletarier. —

Auch in der Präzisionsmechanik, Optik und Elektrotechnik hat Deutschland im letzten Menschenalter Fortschritte gemacht, die staunenswert sind. Bahnbrechendes hat darin der vor fünf Jahren verstorbene Direktor der Reichswerke in Jena, Abbe, geleistet. Mitte der achtziger Jahre verband sich Abbe mit Otto Schott, der in seinem Glaswerke nicht nur die feinste Glasmasse für optische Instrumente und chemische Apparate erzeugte, sondern auch im Glasschiff Neuerungen erfindet, die den deutschen optischen Instrumenten einen Welt Ruf erwarben. Wenden wir uns nun, daß die Produkte der Feinmechanik und Optik immerhin keine Gegenstände des Massenverbrauchs sein können, so spricht die Tatsache, daß Deutschland jetzt jährlich für 55 Millionen Mark Artikel dieser Art nach dem Auslande absetzt, am besten für die Güte und Beliebtheit der deutschen Ware. Auch England und Frankreich haben reichhaltige und wertvolle Kollektionen auf dem Gebiete der Optik und der Präzisionsmechanik ausgestellt, und man möchte Spezialist sein, um entscheiden zu können, wer die vorzüglichsten Leistungen aufzuweisen hat. Eine besondere Art der Feinmechanik bilden

werden muß. Daher dürfte auch im Hinblick auf die zu erwartenden größeren Mehrausgaben jetzt schon die Frage geprüft werden, ob allein mit sparsamer Wirtschaft das Gleichgewicht im Reichshaushalt aufrecht erhalten werden kann.“ Also: neue Steuern!

Für die Arbeiterschaft gilt es, den Kampf gegen alle Ungerechtigkeiten im Interesse des Völkerfriedens und der Demokratie mit aller Energie weiterzuführen.

Internationales.

Achtung! Sperrn beachten und Zuzug fernhalten! Alle Zahlstellen, die von aus dem Auslande kommenden Kollegen berührt werden, haben die Pflicht, diese auf unsere gesperrten Orte aufmerksam zu machen und die Zuzüge von Ausländern nach allen Orten, in denen Lohnbewegungen im Zuge sind, abzuhalten. In jüngster Zeit mehren sich die Klagen über das Anschwellen der Zahl der Zureisenden aus den nordischen Ländern (vor allem Dänemark) nach Hamburg, sowie von Oesterreichern nach München. Nichtbeachtung unserer Sperrn und Zuzugswarnungen haben den Ausschluss aus der Organisation zur Folge.

Schweden. Nachdem unsere Kollegen in Drontheim ihren alten Tarifvertrag auf den 1. September gekündigt hatten, ist es gelungen, durch Verhandlungen mit der Meisterorganisation einen neuen Vertrag zustande zu bringen, mit dem sich beide Parteien einverstanden erklärten. Die Arbeitgeber haben die geforderten Erhöhungen der Minimallohne zugestanden, die übrigen Forderungen unserer Kollegen jedoch abgelehnt. Die Minimallohne der Gehilfen sind für die ersten drei Jahre nach der Lehrzeit um je 2 Kronen erhöht, und für die folgenden Jahre um 3 Kronen. Danach werden als Minimallohn gezahlt: im ersten Gehilfenjahre 17, im zweiten 20, im dritten 22 und im vierten 25 Kronen Wochenlohn. Für die Lehrlinge ist ebenfalls eine Lohnerhöhung erreicht, und zwar im zweiten Lehrjahre um 50 Oere, in den beiden folgenden Jahren um je 2 Kronen pro Woche. Ihr Wochenlohn beträgt danach in den vier Lehrjahren 5, 7.50, 10 und 12 Kronen. Der Minimallohn der Arbeiterinnen ist nach dem neuen Tarif im ersten Jahre der Berufstätigkeit 6, im zweiten 8, im dritten 10, im vierten 12 und danach 13 Kronen. Hierbei ist nur für das vierte Jahr eine Erhöhung eingetreten und zwar um 1 Krone. Ueberzeitarbeit wird die ersten drei Stunden mit 50 Prozent Aufschlag bezahlt, an den Sonnabenden jedoch mit 100 Prozent und dieser doppelt so hohe Aufschlag gilt auch für Nacht-, sowie für Sonntag- und Feiertagsarbeit.

Finnland. Der Finnische Buchbinderbesitzerverband hat den mit unserm Bruderverband im Jahre 1907 abgeschlossenen Tarifvertrag zum

die chirurgischen Instrumente, in deren Herstellung Deutschland in den letzten Jahrzehnten allen anderen den Rang abgelaufen hat. 24 deutsche Firmen haben nach Brüssel ihre chirurgischen Instrumente geliefert, und ein besonderer Operationsaal macht in der deutschen Abteilung den Besucher mit allen Hilfsmitteln bekannt, die zur Zeit bei gewagten und leichteren Operationen zur Anwendung gelangen. Die merkwürdigsten Sonden, Jangen, Sägen und Messer liegen hier aus. Aber besser ist es schon, man kommt nicht in die Lage, sie an seinem Leibe erproben zu lassen. —

Dem Kunstgewerbe aller Art ist noch auf keiner Ausstellung ein so breiter Raum gewidmet und so sorgfältige Aufmerksamkeit geschenkt worden wie in Brüssel. Nicht von Deutschland allein. Der moderne Stil, dessen Eigenartigkeit noch vor wenigen Jahren nicht dem angehöbten Geschmack aller entsprach, hat sich überall und auf allen Gebieten durchgesetzt. Tapeten, Möbel, Häuserbau, Gartenanlagen, Kronleuchter, Siederien, keramische Produkte — kurz, was man nur anschaut, ist im neuen Stile geschaffen. Manches mag abgeschmackt sein und als maniniert bezeichnet werden können, die Grundlinien des modernen Kunststils dürften trotzdem für lange Zeit beibehalten werden. —

Eine völlige Umwälzung des früher geltenden Geschmacks hat sich, ansehnend an die Richtung des modernen Kunststils, im Buchgewerbe vollzogen. Beschäftigte daselbst 1895 in Deutschland nur 273 000 Personen in 39 915 Betrieben, so wurden 1907 in 45 429 Betrieben 433 000 Beschäftigte gezählt. Davon 134 000 im Buchdruck, 103 000 in der Papierfabrikation, 73 700 in der Buchbinderi, 44 000 im Buch-, Kunst- und Musikalienhandel, 36 000 in der Stein-, Kupfer-, Stahl- und Zinkdruckerei, 22 000 in den Zeitungs- und Expeditionen, 6400

1. Januar gekündigt. Die Arbeitgeber haben einen neuen Tarifentwurf ausgearbeitet, der, — wie es ja in der Regel bei derartigen Vorschlägen von Arbeitgeberseite der Fall ist, — Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorsieht. Bis jetzt bestehen in Finnland Monatslöhne bei halbmonatlicher Lohnzahlung, wobei natürlich die Feiertage mitbezahlt werden. Nun wollen die Arbeitgeber Stundenlöhne einführen und die Feiertage nicht mehr bezahlen. Die verschiedenen Städte des Landes sollen in drei Tarifklassen eingeteilt werden, statt bisher fünf. Die Arbeiter sollen verpflichtet sein, auf Verlangen mindestens 15 Ueberstunden pro Woche zu leisten, während nach dem alten Tarifvertrag ein Zwang zur Ueberzeitarbeit ausdrücklich ausgeschlossen ist. Die Arbeitgeber verlangen die Berechtigung, in den Werkstätten selbstherrlich Arbeitsordnungen einzuführen, die von den Arbeitern unbedingt befolgt werden sollen. Der 1. Mai soll nach den Vorschlägen der Arbeitgeber auch fernerhin als Feiertag gelten, jedoch nicht mehr, wie es im alten Tarif festgelegt ist, bezahlt werden. Ebenso sollen die Wahlen als Feiertage gelten, jedoch nur für die wahlberechtigten Arbeiter und Arbeiterinnen. (Die Frauen haben in Finnland bekanntlich auch das staatsbürgerliche Wahlrecht.) Der Tarif soll wiederum auf 5 Jahre gelten.

Unsere finnischen Kollegen haben sich mit der Frage der Tarifbewegung bereits auf ihrem Verbandstag, der am 6. und 7. Mai in Abo stattfand, beschäftigt. Sie haben die Kündigung des Tarifvertrags nicht beschlossen, aber für den ja nun eingetretenen Fall, dass die Arbeitgeber kündigen, einen neuen Tarifentwurf ausgearbeitet. Sie schlagen vor, dass vier Tarifklassen eingeführt werden, dass die Monatslohnrechnung mit der Bezahlung der Feiertage beibehalten werde und verlangen Erhöhung der Löhne um 15 bis 25 finnische Mark im Monat, sowie die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden und andere kleinere Verbesserungen. Der neue Tarifvertrag soll nach dem Vorschlag unserer Kollegen bis zum 1. September 1911 gelten, nach dem der Arbeitgeber bis zum 1. Januar 1912.

Es bestehen also starke Gegensätze zwischen den Tarifvorschlägen der beiden Parteien. Ob inzwischen schon Verhandlungen stattgefunden haben, darüber liegt uns noch keine Nachricht vor.

Korrespondenzen.

Gespart sind:

- Deutschland:**
- Eisenberg (Etuisarbeiter);**
- Hamburg-Altona (Buchbinder und Arbeiterinnen);**
- Mathenow (Etuisarbeiter);**
- Mürnberg-Fürth (Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen);**

in der Kartographie, 15 000 in der Chromolitographie und Lithographie. Die Bedeutung des deutschen Buchgewerbes auf dem Weltmarkt geht daraus hervor, daß 1908 aus Deutschland für 135 Millionen Mark ausgeführt, aber nur für 25 Millionen Mark Waren dieser Art eingeführt worden sind. Aber nicht nur fertige Produkte des Buchgewerbes liefert Deutschland dem Auslande in großer Menge, sondern auch für 24 Millionen Mark Maschinen, die dem Buchgewerbe dienen, sind 1908 von Deutschland dem Auslande verkauft worden.

Eng verwandt dem Buchgewerbe ist die Photographie. Die hohe Entwicklung der photomechanischen Verfahren, die Deutschland in den letzten Jahrzehnten zeigte, konnte nicht ohne bedeutenden und fördernden Einfluß auf die Photographie bleiben. Die Reproduktionsfähigkeit ist denn auch eine so vielgestaltige geworden, daß man als Laie in vielen Fällen überhaupt nicht mehr entscheiden kann, nach welchem Verfahren ein vor sich stehendes Bild hergestellt worden ist. Das „Knipsen“ ist zu einer so weit verbreiteten Fertigkeit geworden wie das Klavier spielen. Die Fabrikation photographischer Apparate hat ihren Hauptsitz in Dresden, das auf der Ausstellung auch in ungewöhnlich großem Umfange vertreten ist. Der Wert der in Deutschland hergestellten photographischen Apparate wird auf 18 bis 22 Millionen Mark geschätzt. Für über 10 Millionen Mark wurden 1908 nach dem Auslande verkauft, außerdem noch für 15 Millionen Mark photographisches, lichtempfindliches Papier.

Für den Fachmann mag das Studium der Artikel des Buchgewerbes und der Photographie, die er auf der Ausstellung sieht, allein eine gute Woche in Anspruch nehmen. So reichhaltig und vielgestaltig ist, was von den in Betracht kommenden Ländern auf diesem Gebiete nach Brüssel gefandt worden ist.

- München: die Heiligenbilderfabrik von J. Müller;**
- Dortmund: die Firma Ruh ja ß.**
- Belgien:**
- Turnhout (Papierarbeiter).**
- Oesterreich:**
- Wien (Buchbinder und Arbeiterinnen);**
- Graz (Buchbinder und Arbeiterinnen);**
- Reichenberg (Buchbinder und Arbeiterinnen);**
- Tetschen-Bodenbach (Buchbinder und Arbeiterinnen);**
- Troppan (Buchbinder und Arbeiterinnen);**
- Wartsdorf (Buchbinder und Arbeiterinnen);**
- Görz: die Firma Giovanni Logar.**

- Schweiz:**
- Arbon: die Firma A. B. Heine, Siederereigenschaft;**
- Rorschach: die Firma Feldmühle, Siederereigenschaft.**

- Ungarn:**
- Budapest (für alle Branchen).**

Zugung ist fernzuhalten von:

- Halberstadt (Buchbinder und Kartonnagenarbeiter);**
- Hannover (Buchbinder, Kontobucharbeiter, Linierer und Kartonnagenarbeiter);**
- Mannheim (Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen);**
- München. (Vor Stellungannahme im Bureau erkundigen!)**
- Donaubrück (Buchbinder);**
- Flanzen i. B. (Buchbinder und Linierer);**
- Potsdam-Nowawes (Buchbinder);**
- Solingen (alle Branchen).**

Der Stand der Bewegungen in Eisenberg und Mathenow ist noch unverändert. Die im Auslande befindlichen Kollegen und Kolleginnen denken nicht daran, die Arbeit ohne die wesentlichsten Zugeständnisse wieder aufzunehmen. Der Zugung nach beiden Orten ist auch weiterhin streng fernzuhalten.

Hannover. Am Freitag, den 23. September, legte das gesamte Personal der Firma Ernst Tzsche, 9 Kollegen und 2 Kolleginnen, die Arbeit nieder, um die Anerkennung des neuen Tarifes zu erzwingen. Bei den am Sonntag erfolgten Verhandlungen erkannte die Firma den Tarif an, so daß am Montag, den 26. September, die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte.

Dromberg. Vor Stellungannahme bei der Firma H. Gud wird eindringlich gewarnt. Der Inhaber der Firma ist Zimmereisenmeister. Sämtliche dort beschäftigten Kollegen haben ihre Kündigung eingereicht, da die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein Weiterarbeiten unmöglich machen und auch die Behandlung alles zu wünschenswertes übrig läßt. Die Firma annonciert in den Fachblättern, verspricht alles Mögliche, nimmt es dagegen mit der pünktlichen Lohnzahlung durchaus nicht so genau. Im Gegenzug hierzu achtet sie besonders auf die strengste Ausnutzung der Arbeitskraft ihrer Arbeiter. Wir wiederholen darum unsere Warnung vor Stellungannahme in dieser Firma.

Hamburg-Altona. Mit der Kommission der Arbeitgeber und unserer Vertretern ist ein Tarifvertrag zum Abschluß gelangt. Mit dem Kartonnagenfabrikantenverein konnte über einen Tarifvertrag bislang noch keine Einigung erreicht werden, die Verhandlungen dauern noch fort. Am 4. Oktober werden unsere Mitglieder in einer Versammlung zu dem Ergebnis der Lohnbewegung Stellung nehmen.

Salz (Saale). Die Bewegung der Etuisarbeiter bei der Firma Hanke ist zum Abschluß gekommen. Die Firma hat weitgehende Zugeständnisse gemacht und 20% Zulagen von 3 Pf. pro Stunde für Arbeiter und Arbeiterinnen bewilligt. Am 1. April 1912 tritt eine weitere Zulage von 1 Pf. und eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit ein. Jetzt wurde die Arbeitszeit um 2 Stunden pro Woche verfürzt. Der Abschluß ist ohne Arbeitsinstellung getroffen worden.

München. Die Differenzen in der Heiligenbilderfabrik von Josef Müller dauern unverändert

fort. In den fünf Kampfwochen ist von den Ausständigen niemand umgefallen. Mit dem Streikbrechern scheint Herr Müller rechtens Recht zu haben, denn die von diesen angefertigten Arbeiten sind keinen Schuß Pulver wert. Wenn Herr Müller nicht noch rechtzeitig nachgibt, werden ihm wohl die tüchtigsten Arbeitskräfte entzogen werden, denn trotz der ausgegebenen schwarzen Listen ist es gelungen, einen großen Teil des Personals in andere Betriebe unterzubringen. Herr Müller rechnete wahrscheinlich allen Ernstes damit, daß ihm die übrigen Prinzipale hilfreich beispringen würden; doch nichts von alledem. Ein vom Vorsitzenden des Vereins Münchener Buchdruckerbesitzer unternommener Einigungsversuch scheiterte an dem Verhalten des Herrn Direktor Brandstetter. Wie übrigens seitens der Geschäftsleitung versucht wird, die kämpfenden Kopfscheu zu machen, geht aus einer Notiz in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ hervor, in der es hieß, daß der ganze Betrieb im vollen Gange ist, und daß 120 Arbeitswillige vorhanden sind. Nebenbei bemerkt, besteht die Firma mit dieser Zahl selbst zu, daß sie nur minderwertiges Arbeitswilligematerial haben muß, da sie vor Beginn des Streiks erheblich weniger Leute beschäftigt. Oder sollte auch das Kontorpersonal und die Lageristinnen, die ganze Familie der Herren Müller und Brandstetter Arbeitswilligendienste verrichten? Denn diese alle zusammen mit den Streikbrechern reichen auch nicht annähernd an die angegebene Zahl hin. Die angegebene hohe Anzahl von Streikbrechern ist nur ein Phantasiagebilde der Geschäftsleitung. Solange es keine arbeitswilligen Lithographen und Drucker gibt, kann auch das übrige Personal nicht genügend beschäftigt werden. Oder besitzt Herr Müller auf einmal so viel Nächstenliebe, daß er den Arbeitswilligen umsonst höhere Löhne bezahlt, als es früher der Fall war? Daß es in jedem Kampfe solche Subjekte gibt, die nur die Gelegenheit abwarten, die Hyänen des Schlachtfeldes zu werden, ist ja eine bekannte Tatsache. Daß es aber organisierte Kollegen geben kann, die den kämpfenden trotz vorausgegangener Warnung in den Rücken fallen, geht denn doch über jeden Begriff. Kammen da am 16. September vier Kollegen aus Wien zugereist, unter Führung eines gewissen Otto Funk (ein geborener Schweizer), und drei von ihnen holten ihre Unterstützung im Verbandsbureau ab. Dieser Funk ließ sich im Gegenzug zu den anderen nicht in die Arbeitsnachweisliste eintragen, und er erwiderte auf Befragen nach seiner Verbandslegitimation, daß er mit der Schweiz in Verhandlungen wegen Umzugsunterstützung sei. Funk betonte noch ausdrücklich, daß von den vier Zugereisten mindestens zwei vorläufig Arbeit in München bekommen müssen, um die anderen über Wasser zu halten, da alle vier in 14 Tagen bei Odenbourg anfangen könnten. Darauf wurde dem Funk erwidert, daß vor den vier Zugereisten noch 31 Kollegen in der Arbeitsnachweisliste eingetragen seien, und nachmals wurde ausdrücklich auf die Sperre bei Müller aufmerksam gemacht. Als ob es verabredet gewesen wäre, gingen die vier in die gesperrte Firma und ließen sich engagieren. Funk nahm gleich seine Frau mit, die ebenfalls engagiert wurde. Zwei Kollegen dieser Wiener Kolonne hatten jedoch Ehrgefühl und blieben dem Betriebe fern. Mit noch anderen vier im Betriebe stehenden Arbeitswilligen wurde gleich ein treuer Freundschaftsbund geschlossen, der diesen — Herrn Funk als Anführer wählte. Auf Anhalten der Streikposten verlangte Funk mit der größten Eclatanz 75 Mk. Abfindung für die ganze Kolonne, wenn sie die Arbeit wieder niederlegen sollten. Als selbstverständlich darauf nicht eingegangen werden konnte, erklärte Funk, daß nun alle zusammen einen Kontrakt mit vierteljährlicher Kündigung unterschrieben haben. Die beiden Selben, organisierte Kollegen aus Wien, heißen Otto Funk und Johann Windig. Ob Funk wirklich organisiert ist, konnten wir nicht unterfragen. Beide haben zuletzt in Wien VII bei Gebrüder Hartmann, Wandgasse, gearbeitet und erjanden wir, diese beiden Namen sich genau einzuprägen. In die zureisenden Kollegen, namentlich an die aus Oesterreich kommenden, ergoht die dringende Mahnung, den Zugung nach München überhaupt zu meiden und bei eventuellen Stellenangeboten auf alle Fälle vorher im Bureau, Radexstr. 21, I, Erkundigungen unter Beifügung des Rückports einzuholen, um sich vor Schaden zu bewahren. Die Heiligenbilderfabrik von Josef Müller bleibt solange gesperrt, bis Herr Müller mit den Organisationen Frieden schließt.

Mußla. Wie bereits gemeldet, wurde von den hiesigen Kollegen am 17. September die Kündigung eingereicht. Dieses Vorgehen wurde uns zwar verübelt und als vorzeitig bezeichnet, aber durch das geschlossene Handeln wollten wir den Herren Prinzipalen nur betunden, daß wir die aberkannt und wieder verschobenen Verhandlungen nicht verschleppen lassen wollten. Die Unternehmer ver-

langten nunmehr die Zurücknahme der Kündigung, wobei sie sich bereit erklären könnten, zu verhandeln. Unsererseits wurde ihnen entgegengekommen und die Erklärung übermittelt, wenn am Mittwoch, den 21. September, Verhandlungen stattfinden, die friedliche Vereinbarungen erhoffen lassen und bringen, die Kündigungen als nicht geschehen zu betrachten seien, beziehungsweise zurückgenommen würden". Die Unternehmer waren ja nicht befriedigt von dieser Erklärung, nahmen aber trotzdem an den Verhandlungen teil. Zwei Abende waren nötig, um zu einer Verständigung zu gelangen. Am meisten Schwierigkeiten boten die Affordlöhne, für die ein 10prozentiger Aufschlag auf den wöchentlich verdienten Lohn gefordert wurde. Die Verhandlungen ergaben, daß diese Forderung nicht aufrechtzuerhalten ist, weil sie keinen gerechten Ausgleich schaffte. Am Donnerstag, den 22. September, hielten wir vor der Verhandlung nochmals eine Versammlung ab, in welcher wir unsere Affordpreise, soweit eine Verbesserung sich nötig machte, formulierten und die dann mit einer einzigen Abänderung zur Annahme gelangten. Leicht war die Aufgabe nicht, in der kurzen Zeit das Richtige zu treffen bei den vielen in Frage kommenden Positionen. Daß uns dieses gelang, danken wir dem Kollegen Pfäfe, dem es möglich war, unsere Wünsche so zu formulieren, daß wir diese 3/9 Uhr bereits unseren Prinzipalen unterbreiten konnten. Die Verhandlungen führten durch beiderseitiges Entgegenkommen zu einem Tarifvertrag, der im wesentlichen folgende Punkte enthält:

Die Arbeitszeit beträgt täglich 10 Stunden inklusive einer 15minütigen Frühstückspause, an Sonnabenden und Vorabenden gesetzlicher Feiertage jedoch nur 8 Stunden.

Der Minimallohn beträgt für Buchbinder im ersten Jahr ihrer Tätigkeit in der Branche sowie für Stuisarbeiter und Stuisstischler im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit pro Stunde 30 Pf., im zweiten Jahre pro Stunde 33 Pf., im dritten Jahre pro Stunde 36 Pf. Nach dieser Zeit erhalten obige Arbeiter sowie auch geübte Buchbinder, Anschläger, Drückereinger und Streicher pro Stunde 40 Pf. Junge Hilfsarbeiter, die zwei Jahre in der Branche tätig sind, erhalten pro Stunde 25 Pf., die drei Jahre in der Branche tätig sind 30 Pf. und die vier Jahre in der Branche tätig sind 36 Pf.

Ueberstunden sind tunlichst zu vermeiden, wenn solche jedoch nicht zu umgehen sind, ist dem männlichen Personal, gleichviel ob in Afford oder Lohn beschäftigt, für die zweite Ueberstunde 5 Pf., für alle weiteren Ueberstunden sowie Sonnabends und an Vorabenden gesetzlicher Feiertage und für Sonntagsarbeit 10 Pf. Zuschlag pro Stunde zu gewähren.

Die Löhne sind Mindestlöhne, es sind daher geschilderten und besseren Arbeitern höhere Löhne zu zahlen. Diejenigen Arbeiter, die den Minimallohn oder mehr bereits haben, erhalten eine Lohnzulage von 3-4 Pf., sofern in den letzten sechs Wochen eine Lohnzulage in ähnlicher Höhe nicht erfolgt ist.

Heimarbeit darf nur dann ausgegeben werden, wenn die im Betrieb Beschäftigten voll beschäftigt werden können, davon ausgenommen ist ständige Heimarbeit.

Die Affordpreise erfuhren eine wesentliche Erhöhung.

Alle Bestimmungen der Geschäftsordnung, die diesem Tarif entgegenlauten, sind mit Einführung desselben ungültig.

Der Tarif gilt bis zum 14. Oktober 1913.

Unsere erste Lohnbewegung ist somit beendet und hat zu einem Tarifvertrag geführt. Wenn letzterer auch nicht alle Affordarbeiten umfaßt, so ist doch eine Grundlage geschaffen, die uns in den Stand setzt, weiterzubauen an dem begonnenen Werke. Der schöne Erfolg ist nur dem geschlossenen Vorgehen der Aushlaer Kollegen zuzuschreiben. Nun muß es unsere Aufgabe sein, diese Erfolge auch zu halten, und das kann nur dann geschehen, wenn wir die Worte des Kollegen Pfäfe beherzigen und dem Verbands Treue bewahren.

Frankfurt a. M. Zur Einleitung unserer Tarifbewegung fand am 20. September eine öffentliche Versammlung statt, die sehr stark besucht war. Kollege Schildbach-Mainz sprach über: "Der deutsche Buchbinderverband im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse und unsere Tarifbewegung in Frankfurt a. M." Wenn nicht alle Zeichen trügen, feiern jetzt die Frankfurter Buchbinder, Kartonnagenarbeiter usw. ihre Auferstehung, um sich ebenso zu regen, wie die Arbeiter anderer Gewerbe. Die "intelligenten" Buchbinder wären aber froh, wenn sie eben solche Löhne hätten wie diese.

Die Diskussion brachte interessante, der Tagesordnung angepaßte Ausführungen der Kollegen Engelmann, Braunsdorf-Ganau, Gestroß und Hünche. Folgende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme:

Die Verarmung der Buchbinder und verwandter Berufe bedauert, daß sich die Mehrzahl unserer hiesigen Arbeitgeber selber tariflichen Vereinbarungen gegenüber ablehnend verhielt, obschon der fortpätrative Arbeitsvertrag als die zeitgemäße und geeignetste Form der Regelung der Arbeitsverhältnisse erscheint, die wie in anderen Industrien auch in unseren Gewerben vielfach Sättigkeit hat. In Anbetracht, daß ein Tarif eine Stabilisierung der Arbeitsverhältnisse und die Befreiung der Arbeiter von der Arbeiterlosigkeit hier so blühende Schmutzkonkurrenz herbeiführen geeignet ist, so daß ein solcher im Interesse beider Teile, Arbeiter sowohl wie Arbeitgeber, liegt, spricht die Verarmung die Erwarung aus, daß es hier gelingen möge, dem tariflosen Zustand ein Ende zu machen. Da eine gute Organisation hierbei die erste Bedingung ist, so erklärt sie, alles daran zu setzen, um auch die letzten Säugigen, Kollegeninnen wie Kollegen, dem Deutschen Buchbinder-Verband zuzuführen. Ferner beauftragt sie eine Kommission, eine den Verhältnissen entsprechende Tarifvorlage auszuarbeiten und diese baldigt einer weiteren Versammlung zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen."

Es wurde dann eine Kommission von 5 Kollegen einstimmig gewählt, die gemeinsam mit dem Vorstand den Tarifentwurf fertigstellen soll, worauf der Referent an die Versammlung noch ein anfeuerndes Schlusswort richtete. Mit dem Hinweis, daß die Kommission Dienstag, den 11. Oktober, im Gewerkschaftshaus Bericht erstatten wird, schloß der Vorsitzende mit einem lebhaften Appell zu rastlosen Arbeiten für den Verband und für noch stärkeren Besuch der nächsten Veranstaltungen die Versammlung.

Stuttgart. Die Mitgliederversammlung vom 17. September war trotz der wichtigen Tagesordnung leider schwach besucht. Ueber: "Die Bedeutung der Gewerkschaftsschule für die Arbeiterbewegung" sollte Kollege Frey referieren. Doch wurde das Referat zurückgestellt infolge des schwachen Besuches. Gleichzeitig tagte eine wichtige Parteiversammlung. Einleitend wies der Vorsitzende darauf hin, daß das Personal der Firma Leib in Feuerbach in einer Lohnbewegung stehe. Injermem langjährigen verstorbenen Mitgliede Eduard Leibelt widmete Kollege Schröter einen warmen Nachruf, wobei er besonders hervorhob, daß der Verstorbene, trotzdem er sein Brot in der Priv. evang. Bibelanstalt verdienen mußte und trotzdem daselbst durch Unbilligkeit in den letzten Jahren eine Reihe teils älterer Kollegen dem Verbands den Rücken kehrten, stets ein treues und überzeugtes Mitglied gewesen war. Durch Erleben von den Seiten wurde das Andenken des Verstorbenen geehrt. Den Kartellbericht erstattete Dürr. Aus demselben ist hervorzuheben, daß die künftige Leistung des "Bildungsausschusses" aus je 3 Vertretern der Gewerkschaften, der Partei und der Jugendorganisation zusammengesetzt sei. Der Bildungsausschuss legte ein Regulativ vor, nach welchem er beabsichtigt, künftig in eigener Regie einwandfreie Theaterspiele aufzuführen, Konzerte, Unterrichtskurse usw. zu veranstalten. Zu diesem Zweck fordert er 1000 M. Jahresbeitrag von der Kasse der vereinigten Gewerkschaften. Da den Gewerkschaften obige Einrichtungen schon seit Jahren von dem "Würtbg. Götthebund" zu ausnahmsweise niederen Preisen zur Verfügung stehen und mit Rücksicht auf den finanziellen Stand der Kasse wurde der Antrag nach lebhafter Debatte abgelehnt, zumal auch eine Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge von 30 auf 35 Pf. pro Mitglied und Monat zurzeit unmöglich ist. Dagegen wurde ein Antrag, den Jahresbeitrag des Kartells auf 300 M. festzusetzen und dem Bildungsausschuss die Ermächtigung zu geben, das fehlende Geld von den einzelnen Gewerkschaften durch Umlageverfahren einzuziehen, angenommen. Kaspar bedauert, daß der ganze Reorganisationsplan als auch die Forderung auf 1000 M. abgelehnt wurden, denn die Ausführungen des Götthebundes seien auch nicht immer einwandfrei. Dürr verteidigt den gefaßten Beschluß und weist darauf hin, daß es angebracht sei, wenn bei solchen wichtigen Angelegenheiten sich die Vertreter unserer Organisation vorher verständigen würden, um eine geteilte Abstimmung zu vermeiden. Frey bedauert, daß der Kartellvorstand nicht, wie seither üblich, bei einer solch einschneidenden, die Kassen belastende Frage die leitenden Funktionäre zu einer Besprechung zusammenberufen habe. Medner ersucht die Delegierten, wenn es sich um Bewilligung solcher Summen handelt, erst mit der Ortsverwaltung Rücksprache zu nehmen.

Nemsscheid. Unsere Mitgliederversammlung vom 24. September beschäftigte sich in sehr eingehender Weise mit dem Goutagsbericht unseres Delegierten. Als besonders bedauerlich wurde empfunden, daß, wie der Gouteller in seinem Tätigkeitsbericht erklärte, es trotz aller Mühe und Arbeit nicht möglich gewesen sei, besonders nennenswerte Erfolge im Gau zu erringen. Es muß dies um so mehr Verwunderung erregen, da im Gau 10 noch einige Tausende Berufsangehörige beschäftigt sind, von denen man annehmen kann, daß noch eine große Anzahl von diesen dem Deutschen Buchbinder-Verband zugeführt

werden können. Es ist nicht unsere Aufgabe, zu untersuchen, inwieweit man angesichts solcher feststehender; wenig ermutigenden Tatsachen von einer gewissen Vernachlässigung der Agitation sprechen kann. Der Umstand, daß der Verbandsvorstand mit unserem Gouteller über diese ungeliebten Verhältnisse bereits in Verbindung getreten ist, bestärkt unsere Ansicht und beweist auch, daß der Verbandsvorstand mit besonderer Aufmerksamkeit die Verhältnisse in den Provinzialstädten verfolgt. Mit Bedauern nahm die Versammlung Kenntnis, daß die von der hiesigen Zahlstelle gestellten Anträge abgelehnt wurden, obgleich der Antrag, der die Entlastung des Goutellers forderte, in erster Linie dazu geeignet war, die Forderung einzelner Delegierten um bessere Berücksichtigung der kleineren Zahlstellen der Wirklichkeit näher zu führen. Besondere Zustimmung fand der Antrag Düsseldorf, der einen möglichst einheitlichen Tarif mit 27 M. Minimallohn fordert. Im übrigen waren die Kollegen, die mit gesteigerter Aufmerksamkeit den Ausführungen des Berichterstatters folgten, der Meinung, daß der Wert der Goutage, die einen nicht unerheblichen Aufwand an Mühe und Kosten verursachen, stark überschätzt wird.

Berlin. Kartonbranche. Mißstände verschiedener Art waren es, die in der Branchenversammlung vom 9. August d. Z. (siehe Bericht Nr. 35 der "Buchbinder-Zeitung") zur Sprache gebracht und inzwischen fast ausnahmslos durch Verhandlungen von Kommissionenmitgliedern oder beteiligter Arbeiterausschüsse beseitigt worden sind. Aber fortgesetzt laufen neue Beschwerden bei der Branchenleitung ein. Dieselben werden gleichfalls nach Möglichkeit abgestellt. Bei der jetzt einrückenden Hochsaison wird hauptsächlich in der Bezugbranche nicht nur die gesetzliche Maximalarbeitszeit von zehn Stunden ausgenutzt, sondern die Arbeitszeit darüber hinaus in oft recht beträchtlichem Maße ausgedehnt werden. Als natürliche Folge einer übermäßig langen Arbeitszeit treten Mürzungen der Affordfälle ein. Die Kolleginnen der Bezugbranche sollten daher ernsthaft bestrebt sein, allen diesen und anderen Wünschen in der Branche durch Schaffung tariflicher Verhältnisse zu begegnen, damit an Stelle willkürlicher Festsetzung und Verrechnung der Affordfälle solche mit tariflicher Grundlage geschaffen werden können. Auch ist die Frage der Erhöhung der Lohn- und Affordfälle angesichts der außergewöhnlichen Feuerungsverhältnisse zeitgemäßer denn je. Noch keinem der Fabrikanten ist es in den Sinn gekommen, freiwillig eine entsprechende Erhöhung der Löhne vorzunehmen. Immer mußten solche dem Unternehmerum mit mehr oder minder starkem Nachdruck abgerungen werden. Auch die Kolleginnen der Bezugbranche werden sich eine Verbesserung ihrer Löhne selbst erkämpfen müssen. Den ersten Schritt auf dem Wege zu einem geregelten Tarifverhältnis in der Bezugbranche sollte eine für den 13. September einberufene Arbeiterinnenversammlung bilden. Wenn diese leider hat ausfallen müssen, so hat diese bedauerliche Tatsache die Agitationskommission nicht abhalten können, sofort auf Mittwoch, den 19. Oktober, eine neue Branchenversammlung anzusetzen, in der dann über die zu unternehmenden weiteren Schritte beraten werden soll. Die Kommission erwartet, daß allerseits nicht nur in den Kreisen der Mitglieder, sondern auch unter den uns noch Fernstehenden kräftig für diese Versammlung agitiert wird.

Berlin. (Luguspapierbranche.) Dringend notwendig ist es, die Einführung geregelter Lohnverhältnisse anzubahnen. So sind bei der Firma Moniac, die mit ihrer schlechten Entlohnung der Träger lange bekannt ist, in den letzten Tagen Prägerinnen für 13 M. verlangt worden, wahrscheinlich sind also die Sammelrohne der Träger noch zu hoch gewesen. Bei Schmann u. Schmidt, wo die Trägerinnen in jahrelanger Demut sich geübt haben, mit allem Zufrieden zu sein, ist ihnen zum Dank dafür in letzter Zeit zugemutet worden, zu den alten Prägerpreisen das Nadeln noch selbst mitzumachen. Darob große Empörung unter ihnen. Ob sie aber wissen werden, was allein dagegen zu unternehmen ist? Bisher haben sie die Organisation noch immer als etwas Ueberflüssiges betrachtet. Auch die Verhältnisse bei Mag Krause und Hagelberg verdienen eine eingehende Kritik. Zunächst aber ist es erforderlich, daß die rückständigen Elemente in der Trägerbranche intensiver aufgeklärt werden, da nicht allein bloß sie unter den durch ihre Interessenlosigkeit bedingten Mißständen zu leiden haben. Die männlichen Träger werden durch die Entwicklung der Schnellprägerepressen immer mehr verdrängt, da meistens nur Mädchen an diesen Maschinen beschäftigt werden. Höchstens zur Ausfülle oder zur Nachschicht entsinnt man sich noch, daß auch männliche Träger da sind.

Eine Branchenversammlung der Träger besetzte sich am 21. September mit diesen Zuständen. Auch die in letzter Zeit so zahlreich vorgekommenen Un-

fälle an den Schnellpressen wurden einer scharfen Kritik unterzogen und beurteilt, daß trotzdem immer noch in der leichtfertigen Weise mit der Gesundheit der Arbeiterinnen schändlicher gespielt wird. So ist erst in vergangener Woche wieder eine 19jährige Trägerin bei der Firma Warben-dreher mit der Hand in die Witzpresse geraten und liegt jetzt im Krankenhaus schwer danieder. „Aber — meinte die Frau des Chefs — „die Hand wird wohl nicht abgenommen werden brauchen.“ Also ein tücher Trost ist ihr geblieben, ist auch die Hand verkrüppelt, sie behält sie doch. Und deshalb meint die Frau des Chefs wohl auch, nochmals mit der Gesundheit einer Arbeiterin spielen zu können; denn in der gemüthlichen Weise erklärt sie einer Kollegin, die sie nicht einstellen wollte, weil sie schon über 20 Jahre, also zu alt sei: „Die Arbeit ist ja so leicht, ein Schulkind kann sie ja machen. Die Karten brauchen ja nur immer so angelegt zu werden. Ich will daher nur ein Mädchen von 14 bis 16 Jahren haben.“ Mehr kann man an Unber-nunft oder Triviolität wohl kaum verlangen. Auch bei der Firma Hoff wird eine noch jugendliche Arbeiterin an der Witzpresse angelehrt.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 21. September 1910 tagende Branden-verammlung der Träger und Trägerinnen spricht ihr leb-haftes Bedauern darüber aus, daß die Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft sich noch immer nicht veranlaßt sieht, gegenüber der Entwicklung der modernen Schnell-pressen die veralteten Unfallversicherungsbedingungen einer Revision zu unterziehen. Sie spricht demgegenüber die Erwartung aus, daß die Genossenschaft infolge der vielen und schweren Unfälle, die sich immer mehr häufen, baldigst geeignete Maßnahmen ergreift, um die Arbeiter-schaft mehr als bisher gegen Unfälle zu schützen. Als ge-eignete Maßnahmen hält die Versammlung u. a. stärkere, unerböhlte Kontrolle über Schutzvorrichtungen, Verbot des zu schmalen Ganges der Maschinen, Verbot der Beschäfti-gung jugendlicher Personen an solchen Maschinen usw.“

Krefeld. In der letzten Mitgliederversamm-lung der Zahlstelle wurde über den stattgefundenen Gautag ausführlich berichtet. Der Vorsitzende Bauer empfand den Mitgliedern eindringlich, in der 4. Weitragsklasse resp. zur Invalidenunterstützung zu steuern. Zur bevorstehenden Vertreterwahl zur hiesigen Ortskrankenkasse wurde entsprechend Stel-lung genommen. Bauer hielt einen Rückblick auf die Situation in der Kartonnagenbranche, wobei er aus dem hiesigen Handelstammerbericht folgende zitier-te: „In der Kartonnagenfabrikation war der Geschäfts-gang im Jahre 1909 im allgemeinen etwas besser als im Jahre zuvor. Das Personal konnte mit Ausnahme der Sommermonate stets gut beschäf-tigt werden und es waren selbst in der stillen Zeit Arbeiterentlassungen nicht erforderlich. Leider hat der Jahres-schluß den größeren Betrieben eine unan-genehme Betriebsstörung dadurch gebracht, daß die Arbeiter, welche dem Buchbinder-Verband ange-hören, kündigten und am 5. November die Arbeit ganz einstellten. Der Arbeitgeberverband hat sich in dieser Zeit sehr gut bewährt, denn infolge des Zu-sammenschlusses konnten die ungedrungenen For-derungen der Arbeiter größtenteils zurückgewiesen werden.“ Das ist eine äußerst tendenziöse Bericht-erstattung. Wir sind in der Lage, nachzuweisen, daß auch im Jahre 1909 Arbeiterentlassungen statt-gefunden haben, ja sogar in den größeren Betrieben durchschnittlich 20—30 Kollegen gekündigt wurden. Dasselbe ist auch in diesem Jahre zu berichten.

Rundschau.

+ **Die Unfallrente** wird bekanntlich je nach dem Grade der Erwerbsbeschränkung den Verletzten zu-gebilligt; ist also nie etwas Feststehendes wie etwa die Invalidenrente oder Krankenunterstützung. Sie ist daher bei den einzelnen öfters dem Wechsel unterworfen, je nachdem Besserung oder Verschlimmerung in den Folgen des Unfalls eingetreten ist. Selbstverständlich kann die gewährte Rente je d e r z e i t — auch wenn sie jahrelang gewährt wurde — entzogen werden, wenn eine solch wesentliche Besserung in der Erwerbsfähigkeit eingetreten ist, daß die erwerbsbeschränkten Unfallfolgen nicht mehr meßbar sind. Als meßbar im Sinne des Gesetzes wird die Erwerbsbeschränkung jedoch nur angesehen, wenn sie mindestens 10 Proz. beträgt.

+ **Pfälzer Gemüthlichkeit.** Die Mannheimer „Volks-stimme“ berichtet aus Mandel in der Pfalz: Mit einer großen Ueberraschung endete die letzte Sitzung des hiesigen Gemeinderats. Letzter Punkt der Tages-ordnung war „Mitteilungen“. Dazu erklärte der Bürgermeister, G e s c h ä f t s b ü c h e r f a b r i k a n t auf: „Ich teile dem Gemeinderat mit, daß ich hiermit meine Stelle als Bürgermeister niederlege. Guten Abend, meine Herren!“ Gut auf! Ab! Nach-dem sich der verblüffte Gemeinderat von seinem Er-staunen erholt hatte, begab er sich in die neben dem Rathaus liegende Wirtschaft zum gemüthlichen Abend-schoppen . . .

Ein christlicher Schwindel! Der „Bergische Volksfreund“, das Zentrumsorgan für den oberen Kreis Solingen, wußte in seiner Nummer vom 12. April 1910 nachstehende Mäuber-geschichte zu erzählen:

„Vor dem Schöffengericht Solingen hatte sich der Portefeuller Schmidt von hier zu verantworten. Der Beklagte hatte von seinem Arbeitgeber den Auftrag erhalten, 100 Stuis anzufertigen. Es war ihm möglich, aus dem Material 102 Stuid anfertigen zu können. Von den überschießenden zwei Stuid behielt er eins für sich, weil es etwas defekt war. Der Schaden war für den Auftraggeber ein sehr geringer, er betrug nicht einmal 1 M. Dem Prin-zipal war es nicht um die Bestrafung des Ange-klagten zu tun. War er doch auf Betreiben von „Kollegen“ des Beklagten zur Anzeige geschritten. Wir wollen mit diesen Darlegungen absolut nicht den Schuldigen in Schutz nehmen. Mit dem Soli-daritätsgefühl mancher Menschen, auch wenn sie sich zu einer Klasse rechnen, bei der das Kollegialitäts-gefühl über alles erhaben ist, ist es nicht weit her. Ein „neidischer“, „freier Verbandskollege“, der die Stelle gern hätte, es aber nicht anzufangen wußte, sorgte durch eifrige Bearbeitung des Prinzipals, daß die Anzeige erfolgte. Zum Glück sind es keine Christlichen, die den „Schurkentreich“ begangen haben, wir wollten einmal das Geschimpfe hören, wenn es ein christlicher Gewerkschaftler gewesen wäre.“

Natürlich war diese Notiz, wie alle derartigen Notizen in „christlichen“ Blättern, wieder unwahr. Der vom „Volksfreund“ angegriffene „neidische Verbandskollege“ klagte gegen den verantwortlichen Redakteur des „Volksfreund“, und in der am letzten Freitag stattgefundenen Verhandlung vor dem Schöffengericht in Elberfeld mußte sich dieser zu dem nachstehenden schimpflichen Vergleich herbeilassen:

„Der Beklagte bedauert, daß in den inkrimi-nierten Artikeln in Bezug auf den Privatkläger von einem „neidischen Verbandskollegen“ und von einem „Schurkentreich“ die Rede gewesen ist. Der Ange-klagte erklärt ferner, daß er die Behauptung, der Privatkläger habe durch Beeinflussung des Arbeit-gebers Hansen darauf hingewirkt, daß dieser den Portefeuller Schmidt entlasse und wegen Diebstahls zur Anzeige bringe, um sich an dessen Stelle zu setzen, mit Rücksicht auf die eidliche Aussage des Hansen nicht mehr aufrechterhalten wolle. Der An-geklagte trägt die gesamten Kosten des Verfahrens.“

Also ist wieder mal ein in die Welt gesetzter christlicher Schwindel gerichtszeitig nachgewiesen und in sich zusammengebrochen. Den Zentrums-blättern wäre wirklich anzuraten, wenn sie den Aus-spruch des Bischofs Bettinger etwas mehr beherzigten und das Lügen einstellten.

h. Die Situation in der Metallindustrie. „Der Gesamtverband der Metallindustriellen beschäftigt, durch die Niefenaussperrung die Gewerkschaftslisten zu leeren.“ Diese Worte, die Herr Ernst von Vor-sig, der Vorsitzende des Verbandes der Berliner Metall-industriellen, einem Interviewer des „R. L.“ sagte, verdienen festgehalten zu werden. Es handelt sich also bei der Androhung einer Aussperrung von über 400 000 Metallarbeitern nicht allein um eine Hilfe für die bedrängten Werftbesitzer, die Metall-industriellen hoffen durch eine Niefenaussperrung die Klassen der Gewerkschaften zu leeren, um dann in der kommenden Hochkonjunktur vor un-liebsamen Unterbrechungen durch Verbesserungen heischende Arbeiter sicher zu sein!

Wie sieht es denn nun eigentlich mit dem Um-fang einer etwaigen Aussperrung aus? Festgehalten zu werden verdient da zu allererst, daß die Zahl von 420 000 Arbeitern unbedingt übertrieben ist. Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller hatte am 31. Dezember 1909 insgesamt 2800 Mitglieder, die rund 510 000 Arbeiter beschäftigten. 60 Proz. von diesen sind immer noch lange nicht über 400 000. Beachtet muß aber werden, daß die Führer, wie sie bis jetzt wenigstens unwiderprochen behaupten konnten, ihre Beschlüsse einstimmig gefaßt haben. Wichtig bleibt die Frage, welche Industriezweige durch die Aussperrung in allererster Linie betroffen würden. Die Zusammensetzung der Verbände der Metall-industriellen ist durchaus nicht überall gleichartig. Es gehören ihnen mitunter an dem einen Orte Be-triebe an, die in einem anderen als zum Organi-sationsgebiet gehörend gar nicht anerkannt werden. In erster Reihe wird es sich bei dem Kampfe um die Maschinenbauanstalten und in zweiter Reihe um gewisse Zweige der Elektrizitäts-industrie handeln, auch die Eisengieße-reien würden dabei, als zum Verbande gehörig, mit in Betracht kommen. Wird nun die jüngste Ge-werbestätigkeit herangezogen, so ergibt sich, daß in den soeben genannten Berufen, wenn man allein die Betriebe beachtet, die mit mehreren Personen oder mit Motoren arbeiten, über 15 000 Betriebe existieren, in denen rund 850 000 bis 900 000 Ar-

beiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind. Wenn auch solchen Zahlen gegenüber die großmächtigen Nebenarten der Metallindustriellen um ein Deut-liches zusammenzuschmelzen, so darf doch nicht außer acht gelassen werden, daß in der Unternehmerorgani-sation die Mächtigen des Gewerbes sitzen, an deren Tätigkeit und Nichttätigkeit der Markt sich in allererster Linie anpaßt. Und was noch wichtiger ist: hinter diesen Leuten stehen die großen Banken und Geldinstitute, denen es auf Millionen nicht ankommt, wenn sie damit einen be-stimmten Zweck zu erreichen hoffen. Es lohnte sich deshalb, einmal den wirtschaftlichen Grundfäden dieser neuesten Unternehmerrichtprobe nachzu-spüren. Das eine kann dabei vorausgesetzt werden: auch dieser neueste Niefenkampf wird, wenn er zum Austrag kommt, einer ganzen Anzahl kleinerer und mittlerer Existenzen den Hals brechen. Für die Maschinenfabriken werden sich die Folgen der Aus-sperrung deutlich fühlbar machen, weil sie im großen und ganzen mit Aufträgen nicht schlecht versehen sind, ein gleiches gilt auch von den Betreibern der Elektrizitätsindustrie, kommt allerdings bei der letzteren in seinen Nachteile nicht ganz so schwer in Erscheinung, weil sie eine wirtschaftlich schlechte Zeit vor kurzem nicht mit durchzumachen brauchte, und zum anderen, zumal die größten Kongerne, über sehr reichliche Geldmittel und ebenso anständige geheime Reserven verfügen, so daß das Aktionärs-interesse bei der Aussperrung nicht leicht geschädigt werden wird. Trotzdem ist der Gedanke nicht von der Hand zu weisen, daß man sich in den leidenden Kreisen der Metallindustrie von einer Geschäfts-stodung, die die Aufträge sich ansammeln ließe, goldene Berge verspricht. Es ist ein frevel-haftes Spiel, welches da mit der Allgemeinheit nur deshalb gespielt wird, weil man ungehört durch Ar-beiterforderungen Millionen einheimen will. An den Arbeitern ist's, die richtige Ant-wort zu finden.

Die am Montag, den 26. September, ge-pflogenen Verhandlungen zwischen den beteiligten Zentralorganisationen — der Kampf auf den Berufen wurde seitens der Werftgewaltigen dem Zentralverband der Metallindustriellen zur weiteren Verhandlung überwiesen —, führte zu keinem Er-gebnis. Die Verhandlungen werden am Mittwoch, den 28. September, fortgesetzt.

Einem glänzenden Sieg errang der Berg-arbeiterverband im Aufretrieber bei den am 17. Sep-tember stattgefundenen Wahlen der Knappschäfts-ältesten. Es gelang ihm, 299 Sitze zu erobern; der Zentrums-gewerksverein, der mit den Zechen kom-promissierte, errang 89 Sitze, die polnische Berufs-vereinigung 29 und die Zechenpartei 7. Der Berg-arbeiterverband hat zu seinem alten Bestand 64 Sitze neu gewonnen, der Zentrums-gewerksverein verlor 41.

= **Politik der Woche.** Fast Tage lang stand der sozialdemokratische Parteitag von Magdeburg im Vordergrund des politischen Interesses. Nicht bloß die Arbeiter richteten ihren Blick nach ihm, auch die bürgerlichen Parteien ver-folgt seinen Verlauf mit ganz außerordentlicher Spannung. Die Entscheidungen einer so großen, in den Massen wurzelnden, siegreich vordringenden Partei wie der deutschen Sozialdemokratie sind eben nicht nur für die Partei selbst wichtig, sondern das gesamte politische Leben des Reiches wird durch sie ganz wesentlich beeinflusst. Neue Liberalen, die für die nächsten Reichstagswahlen eine enge Kampf-gemeinschaft mit der Sozialdemokratie suchen, wünschen einen Sieg der süddeutschen „Revisio-nisten“, deren schmiegsame Taktik und weltgewandten Formen dem Bürgertum sympathischer sind als die rauheren Sitten der Vertreter eines unbegleiteten Prinzipienstandpunktes aus Preußen und Sachsen. Umgekehrt hoffen die Anhänger der Bethmannschen Sammlungspolitik, daß der Parteitag durch tür-kische Szenen und revolutionäre Gebärden das angestrichelte Bürgertum in den schwarzblauen Furch zurückscheuchen würde. Wer hat nun in Magdeburg gesiegt? Preußen oder Baden? „Radikalismus“ oder „Revisionsismus“? Wedel oder Frank oder Haase? Darüber sind, wie so oft in ähnlichen Fällen, die Meinungen geteilt, und jede Partei sucht sich die Vorgänge so zurechtzulegen, daß sie zu ihrer übrigen Politik passen.

Wenn es wirklich darum zu tun ist, sich in den Auseinandersetzungen der politischen Arbeiterbewe-gung zurecht zu finden, der darf sich nicht an die in-haltstosen Schlagworte vom „Radikalismus“ und „Revisionsismus“ klammern. Denn jedermann, der die in Betracht kommenden Verhältnisse und Men-schen kennt, weiß, daß sich unter den süddeutschen Budgetbewilligern Politiker von äußerst rabidaler Grundstimmung befinden, und daß umgekehrt manche Sozialdemokraten, die viel eher als „Revis-ionisten“ angesprochen werden könnten, die Budget-bewilligung für einen Fehler halten, zumal diesmal, wo sie unter offenerer Berlebung der Dis-

gip lin erfolgte. Dieser formale Standpunkt des Disziplinbruchs veranlaßte auch zahlreiche Gewerkschaftsgegnern, die im Punkte der Disziplin mit Recht äußerst empfindlich sind, ganz entschieden gegen die Wadenjer Stellung zu nehmen.

Leider verstand es die Mehrheit nicht, diese ihr günstige Situation mit Mäßigkeit auszunutzen. Sie mochte mit Recht zur mißverständlichen Schlußrede Franks weitere Erklärungen fordern, durfte sich aber dem billigen Wunsch der Minderheit nach Vertagung, der vom Bureau und dem Parteivorstand unterstützt wurde, nicht widersehen. In Abwesenheit des Antragstellers Zubeil, des Referenten Nebel, des Korreferenten Frank und zahlreicher anderer Delegierten wurde der schon erledigte Gegenstand abermals in Beratung gezogen und ein ziemlich überflüssiger, weil praktisch belangloser Zusatzantrag für angenommen erklärt. Die Rücksichtslosigkeit, mit der die Mehrheit gegenüber Nebel und dem Parteivorstand, dem Vertagung heischenden Präsidenten und der Minderheit vorging, wirkt unerfreulich. Sie wirft einen Schatten auf die Verhandlungen des Parteitagcs, die im übrigen auf einer so glänzenden geistigen Höhe standen, daß sie der Arbeiterklasse durchaus zur Ehre gereichen.

Bei der Erörterung der Situation im Reiche, der Wahlrechtsfrage und der Stellung der Partei zu den Genossenschaften traten ähnliche Meinungsverschiedenheiten nicht zu Tage, vielmehr zeigte sich dabei, wie einzig die Partei in allen großen und aktuellen Fragen ist. Bei der enghüftigen Formulierung der Wahlrechtsresolution wurde auch auf die in Gewerkschaftskreisen herrschenden Anschauungen über den politischen Massenstreik Rücksicht genommen — in der ganz richtigen Erkenntnis, daß diese große Schicksalsfrage der preussischen Arbeiterpartei nur im Einverständnis der Partei mit der Gewerkschaft ihre zweckmäßige Lösung finden kann. Trotzdem durfte man nicht unterlassen, auf die Möglichkeit eines Massenstreiks als letzten Mittels des Wahlrechtskampfes hinzuweisen. Müßen doch schließlich alle politischen Wirren, wenn sie nicht rechtzeitig beigelegt werden, zu wirtschaftlicher Zerrüttung führen! So könnte sich auch die preussische Wahlrechtsfrage am Ende leicht zu einer Gefahr für die Volkswirtschaft auswachsen; diese Gefahr kann aber in dem Maße vermieden werden, als das Bürgertum an der Wahlrechtsbewegung tatkräftig Anteil nimmt und hilft, sie zu einem glücklichen Ende zu führen. Die Möglichkeit, eine Katastrophe zu vermeiden, liegt also viel mehr bei der politischen Führung des deutschen Bürgertums, als bei den Massen und den Gewerkschaftsleitern. Nur ihre Schwäche und Kurzsichtigkeit könnte bewirken, daß die Dinge schließlich doch zum Äußersten treiben.

Mit großer Bewegung hat man auf dem Magdeburger Parteitag Kenntnis genommen von dem Zirkular des früheren Kommandeurs des 7. Armeekorps v. Bissing, in dem die taktischen Maßnahmen des Militärs im Falle von Strafenkampfen bis ins kleinste erörtert werden. Früher hätte man solche Armeeerlässe mit Entsetzen aufgenommen. Heute wiegt die Stimmung des Erfolgs und des Gelächers vor. Man glaubt nicht mehr an diese bis ins Einzelne ausgemalten Gräuelt! Und soweit die Arbeiterpartei auch davon entfernt ist, die friedlich-gesellschaftliche Haltung aufzugeben, soweit ist sie auch von den Vorstellungen früherer Zeiten entfernt, in denen der Militarismus als ein schier unüberwindlicher Feind erschien. Indes die militaristischen Vornarrbasse mit ihren Mordmaschinen proben, operiert die Armee des „Amstunzes“ mit jedem Tage stärker, mit jedem Tage erfolgreicher, hinter ihrem Rücken, und je mehr die brutale Gewalt droht und poltert, desto größer ist der Erfolg jener, denen diese Drohungen gelten. In diesem Sinne wird auch das neueste Dokument einer gegen Väter und Brüder gerichteten staatsverhaltenden Mordkultur seine Wirkung nicht verfehlen. Insbesondere wird die lebenswürdige Anordnung des Gefolgsdienenden, Reichstagsabgeordnete ohne Rücksicht auf ihre Immunität gefangen zu nehmen, im Reichstag zu recht angelegten Erörterungen führen.

Während sich die Folgen einer verfehlten, auf einseitige agrarische Ausbeuterinteressen zugeschnittenen Finanz- und Handelspolitik den Massen durch Fleißnot und allgemeine Teuerung in immer schmerzlicherer Weise fühlbar machen, herrscht Obc in der Reichskasse. Die Enttäuschung über den Beschluß der blauschwarzen Reichsfinanzreform ist riesengroß. Schon ist wieder von neuen Steuern die Rede, die man freilich, um die Massenstimmung nicht noch weiter nach links zu drängen, erst dem kommenden neu zu wählenden Reichstag abfordern will. Dafür soll die Witwen- und Waisenversorgung abermals ins Ungewisse hinausgeschoben, die geplante Unterstützung der Kriegsteilnehmer aufgegeben, die schon versprochene Erhöhung der Soldatenlohnung wieder zurückgestellt werden. Solche „Sparjamkeit“ muß um so aufreizender wirken, als die Erhöhung der Zivilliste Wilhelms II. um 3 1/2 Millionen Mark jährlich noch frisch in der Erinnerung haftet.

Hanjabund und Zentralverband deutscher Industrieller kämpfen inzwischen um die Seele der nationalliberalen Partei, die sich am 1. Oktober in Kassel zu ihrem Parteitag versammelt. Der Hanjabund vertritt vornehmlich das Finanz- und Handelskapital, der Zentralverband das Arbeitgebertum der Herren im Hause. Der Hanjabund vertritt allgemeine antiagrarische Wirtschaftsinteressen und begreift einseitigen, wie es scheint ganz gut, daß die Erhöhung der Arbeiterlöhne durch gewerkschaftliche Arbeit kein Schaden für die Gesamtwirtschaft ist. Im Zentralverband dominiert dagegen das schäbige Despotentum und Lohnbrüderinteresse, und darum verfolgt man von jener Seite aus die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung noch weit mehr als die politische mit borniertem Haß. Um nun die Industriellen und mit ihnen die nationalliberale Partei in das Lager des blauschwarzen Blocks zu locken, verspricht die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Bundes der Landwirte, die Wiederausgabe der verscharrten Zuchttaubvorlage! Die Junker, die sich in ihrer Machtstellung bedroht fühlen, versprechen, den Industriellen bei der Anebelung der modernen Gewerkschaften und bei der Stilllegung der Sozialreform behilflich sein zu wollen, wenn ihnen diese ihren alten politischen Besitzstand gewährleisten wollen. So ist der Plan. Es besteht dabei die begründete Hoffnung, daß das Spiel der Arbeiterfeinde aufhören werden wird an der wachsenden Machtfülle der sozialdemokratischen Partei!

Adressenänderungen.

Derliche Bevollmächtigte.

Widau i. S.: E. Schitte, Wöjenstr. 36 pt.
Eilfit: Fr. Barlowski, Seilerstr. 23 pt. r.
Freiburg: A. Glöckler, Hugstetterstr. 36.
Hannover: W. Greve, Linden b. Hannover,
Mittelwandsplatz 4 IV; Briefe und Sendungen sind nur an G. Kornader, Hannover, Nicolaitraße, Gewerkschaftshaus II, Zimmer 17, zu adressieren. Tel. 7377.

München: M. Krabich, Feilichstr. 32 III. Alle Sendungen sind zu richten an F. König, Baaderstraße 21 I. Tel. 21 264.

Essen a. R.: A. Froberg, Essen-Mittenscheid, Bitteringstr. 88 II.

Unterstützungs-Auszahl.

Eilfit: G. Steppat, Magniter Straße 13, pt.
Konstanz: J. Knuff, Brüdengasse 11a.
Nachen: L. Weiland, Achterstr. 2b.
Bonn (Rh.): O. Kiffels, Endenicher Straße 29 I.

Briefkasten.

R. R. in E. Rein, das können Sie nicht erhalten. — S. B. in L. Inzerat kostet 16 Mk.
An unsere Berichterstatter: Es mehrten sich in jüngster Zeit die Fälle, daß die Schriftführer und Berichterstatter sich ihrer Verpflichtungen auf recht

bequeme Art erledigen, indem sie ganz einfach den in der Tagespresse zum Abdruck gekommenen Bericht über eine stattgefundene Versammlung usw. abschneiden und einsenden oder aber, daß sie diese Berichte wörtlich abschreiben (noch dazu teilweise mit Klebstift!). Dieses zweifellos recht bequeme Verfahren kann uns durchaus nicht erwünscht sein. Abgesehen davon, daß man mit der Abfassung von Berichten für das Verbandsblatt nicht solange warten soll, bis der Bericht in der Tageszeitung erschienen ist, verliert ein Bericht für einen großen Teil der Mitglieder seinen Wert, weil sie denselben ja wörtlich bereits in der Tageszeitung gelesen haben. Wir eruchen dringend, solche Bequemlichkeiten nicht einzureizen zu lassen und werden künftig solchen „Berichten“ den Abdruck verjagen. Man scheue die geringe Mühe nicht und bringe für das Verbandsblatt einen selbständigen kurzen Bericht.

Literarisches.

Unter den Verlagsanstalten, die den Weihnachtsmarkt alljährlich mit gediegenen Festgaben für die Jugend versorgen, behauptet die Verlagsanstalt Schreiber-Görlingen seit mehr als einem halben Jahrhundert einen allerersten Platz. Auch heuer wieder bringt sie eine ganze Anzahl sehr empfehlenswerter Neuheiten heraus, die die Beachtung unserer Leser voll auf verdienen. Ein eigenartiger Reiz liegt über den Olfers-Wilderbüchern ausgebreitet. Eine heitere und zarte Anmut, eine dem Kinderherzen entsprechende Einfachheit und Klarheit des Empfindungs- und Gefühlslebens, wahre Gemüts-tiefe findet man in diesen Büchern ausgeprägt. Kurz, es sind Kinderbücher ersterer Art.

Hieran reihen sich in gediegenster Ausstattung und — was noch besonders hervorzuheben ist — in einer im Verhältnis zum Gebotenen äußerst billigen Preislage: Kinderland, Gedichte und Erzählungen von Eskar Wiener, Prag. Illustriert von Künstlern der Regendorfer Blätter. 50 Seiten mit reichem schwarzem und farbigem, erstem und heiterem Bilderzimmud. Klein-Quart. Elegant gebunden. 1 Mk. Lustige Circus. Mit Bildern von L. Regendorfer und anderen. Verse von Georg Wöltcher. 40 Seiten Text mit humoristischen Reimen und vielen ergötzlichen farbigen Illustrationen. Klein-Quart. In farbigem Umschlag hübsch gebunden. 1 Mk. Wilde und zahme Tiere nach Originalen von Leo Kainradl. Ein ungerichtetes Leinwandbilderbuch mit 5 farbigen Wildertafeln und 5 Wilderseiten in Braundruck, enthaltend eine ganze Anzahl Haustiere, Raubtiere, Wild, Amphibien, Fische, Geflügel usw. zum Anschauen für die Kleinen. Stattliches Querformat mit lackiertem Buntumschlag. 0,80 Mk. Lustige Leute. Ein ungerichtetes Bilderbuch auf kräftiger Pappe von Jos. Mauber. 6 Wilderseiten in kräftigen lebhaften Farben und 2 Seiten mit drolligen Versen. Querformat mit Buntumschlag. 0,75 Mark. Regendorfer Strumwelpeter und andere Geschichten mit Bildern auf Leinwand. 2. Auflage. 6 farbige Wildertafeln und 6 solche in Braundruck mit lustigen Reimen. 40. 0,75 Mk. Der Rindergarten. Ein Leporello-Album auf Pappe mit 14 farbigen Wilderseiten ohne Text zum Anschauen für die Kleinen. Querformat in Buntumschlag. 0,70 Mk.

Die Arbeiterfrage von F. A. Lange. Mit Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Franz Mehring. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Broschiert 1,50 Mk., gebunden 2 Mk.

Das Fortbildungsschulwesen von Julius Bruhn erschien soeben als Heft 11 der unter Leitung von Paul Girsch herausgegebenen kommunalpolitischen Abhandlungen im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 1 Mk. Agitationsausgabe 50 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs.

Sozialismus und Genossenschaftsbewegung von Gertrud David. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 1 Mk. Volksausgabe 40 Pf.

ANZEIGEN

Hamburg-Altona!

Der Arbeitsnachweis der Buchbinder-Junung in Hamburg ist gesperrt!
Kein Buchbinder und keine Buchbindereiarbeiterin nehmen denselben in Anspruch!

Zur Vermählung unseres lieben Kollegen **Arno Wolner** mit **Frl. Helene Wäsch** die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle **Planen i. B.**

Zahlstelle Konstanz.
Unserem Kollegen **Eugen Geiges** nebst Braut **Josefine Nebholz** die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Unserm lieben Kollegen **Georg Gärtler** zur Abreise nach Nordamerika ein herzlichstes Lebwohl!
(Wer stellt nun unsere Schlussanträge?)
Seine Freunde **Michel Rohrbacher**, **Heinrich Haupt**.

Nur Groß-Berlin.
Wer sich mit dem Abschließen von **Feuer- und Diebstahlversicherungen** beschäftigen will, gebe seine Adresse an **Rich. Meyer**, Skaliger Straße 98. Tel. Amt IV, 9286 Nebenanschl.

Hamburg-Altona.

Das Bureau befindet sich:
ab 27. September
im **Gewerkschaftshaus**,
III. Etage, Zimmer 38.
Telephon: Gruppe 3, 9085.

Die Gold- und Silberschmelzerei, Scheide- und Gekrätz-Anstalt
M. Broh
Berlin SO. 33, Köpenickerstr. 29,
Fernsprecher: Amt IV, 6958.
kauft **Kehrgold, Staubgold, Goldschmiede, Goldwatten, Goldgummis** sowie sämtliche **gold- und silberhaltigen Rückstände**.
Vorzügliche Schmelz-, Brenn- und Mahleinrichtungen. — Streng reelle Bedienung. Anerkennungsschreiben v. In- u. Ausland.
Gegründet im Jahre 1896.

Gesangverein Liberté, Berlin

Mitgl. d. D. M. G. B.
Chormeister Herr P. A. Joseph

Sonntag, den 9. Oktober 1910

:: Gemütlicher Abend ::

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15
Gesangsvorträge :: Tanz :: Humoristische Vorträge
Einlaß 5 Uhr Eintritt inkl. Tanz 40 Pfg. Anfang 6 Uhr

Sonntag, den 20. November 1910 (Totensonntag)

Großes Herbst-Konzert

im Happoldtschen Konzertsaal, Berlin, Hasenheide

LEIPZIG

Sonntag, den 2. Oktober 1910

Allgemeiner Ausflug nach Eisenberg

Abfahrt früh 6,55 Uhr ab Thüringer Bahnhof oder 7,23 Uhr ab Plagwitzer Bahnhof bis Randa. Von dort Spaziergang durch das Mühlthal nach Klosterlausnitz und Eisenberg. Das Trommler- und Pfeiferchor der Freien Turner aus Eisenberg hat sich bereit erklärt, die Marschmusik zu übernehmen. In Eisenberg findet ein Laugträngehen statt. Rückfahrt abends 7 Uhr beziehungsweise 11 Uhr.
Zahlreicher Beteiligung sieht entgegen **Die Ortsverwaltung.**

Berlin!

Berlin!

Deutscher Buchbinder-Verband.

Stiftungsfest

am Sonnabend, den 15. Oktober 1910 im Konzertsaal von Happoldts Brauerei, Hasenheide 32/38 (Saauleing. Gräsestr.).

Vokal- u. Instrumental-Konzert.

Mitwirkende Künstler:

Sieder an der Laute: Fr. Käthe Hyan. — Rezitation: Herr Wilhelm Spöhr. — Chorgefang: Gesangverein Liberté (M. d. D. M. G. B.), Dirigent Herr Joseph. — Konzert: Herr Franz Hoffelder.

Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Nach dem Konzert:

Großer Ball.

Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Willetts sind in allen Zahlstellen, bei den Werkstaben-Vertrauenspersonen, sowie im Bureau, Engelufer 14/15, Zimmer 39/40, zu haben.

Buchbinder-Männerchor Leipzig

M. d. D. M. G. B.
Dirigent: E. Schiebold

Sonnabend, den 15. Oktober 1910, im Etablissement Albertgarten

Großes Herbst-Konzert mit darauffolgendem Ball.

Mitwirkende: Herr Paul Jänike, Violine, Solo-Quartett Mendelssohn und das Lipzin-Streichquartett

Einlaß 1/2 8 Uhr Anfang 1/2 9 Uhr

Programme im Vorverkauf 30 Pfg., an der Kasse 40 Pfg. sind bei allen Sängern sowie im Bureau zu haben.

Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein **Der Vorstand.**

So lange ich denken kann, war ich nur ein halber Mensch.

Ich bin stets müde und abgespant gewesen, hatte, obwohl ich blutarm war, immer Nasenbluten und sah aus wie der Tod. Das ganze Jahr war ich in ärztlicher Behandlung, nahm alle möglichen blutbildenden Mittel ein, aber von einer Besserung war keine Spur. Mit der Zeit wurde ich melancholisch. Ein Freund von mir bestellte für mich 30 Flaschen Lamscheider Stahlbrunnen; schon nach der 5. Flasche bemerkte ich eine wesentliche Besserung. Ich wurde frischer, lebhafter. Nachdem ich alle Flaschen verbraucht hatte, war ich ein anderer Mensch. Wenn ich mich abends zu Bett legte, war ich nicht so müde als früher wenn ich morgens aufwachte. — „Mit Freuden teile ich Ihnen mit, daß ich eine Kur gebraucht und die **ersehnte Hilfe gefunden** habe.“ — „Das Wasser kam wie ein rettender Engel, ich bin ganz glücklich, daß es mir so gut geht.“ — „Der Stahlbrunnen hat bei meiner Frau **verblüffend gewirkt**.“ — „Es ist für **alte Leute eine wahre Wohltat**.“ — „Das Wasser ist **einfach köstlich** und steht wohl einzig in seiner Art heilwirkend auf der ganzen Welt da.“ — Solche Worte der Anerkennung nach erfolgreichen Kuren sind der beste Beweis für die treffliche Eigenschaften dieser Heilquelle. Trinkkuren im Hause mit Lamscheider Stahlbrunnen warm empfohlen. Keine Verunsicherung. Ausführliche Mitteilungen über Kurverfolge und Anwendungsgebiet kostenlos durch die Verwaltung des Lamscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf NV. 123.

Anton Spindler, Leipzig-Th.

Vorteilhafte Bezugsquelle

in besten Rotguss-Schriften, Gravuren für Presse und Handvergoldung
Sämtliche Ueberzug- u. Vorsatzpapiere
Japanische Neuheiten
Maschinen, Werkzeuge u. Materialien zu äussersten Preisen
Beste Bedienung! Grosse Musterauswahl!



Bekannt ist in aller Welt, daß die Werkzeuge mit dem Stempel **F. Clement, Leipzig**, in den meisten Werkstätten mit Vorliebe und höchstem Erfolg benutzt werden.

Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt
O. Th. Winckler, Leipzig

Inserate

finden nur Aufnahme, wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.